

10.2012

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	30
Preise & Ausschreibungen	30

SERVICE

Rezensionen	31
Impressum	31
Termine	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Umweltbildung 2.0	

THEMEN DES MONATS

Suffizienz

Einfach einfacher leben

**Eine wirklich grüne Ökonomie verabschiedet sich von der
Wachstumsidee und dient dem sozialen Ausgleich**

Seite 2

Wissenschaftspolitik

Beteiligung an Forschungswende

**Statt fertige Lösungen zu liefern, sollten Wissenschaftler
zentrale Fragen mit der Zivilgesellschaft diskutieren**

Seite 4

EU-Agrarreform

Nicht auf Kosten der Gewässer!

**Ohne umweltfreundliche Landwirtschaft bleiben saubere
Seen und Flüsse auch weiterhin die Ausnahme**

Seite 6

Interview: EU-Finzen

„Parlament entscheidet Budget mit“

**Naturschutz braucht mehr Geld – der Umweltausschuss
stimmt für höheren LIFE-Etat**

Seite 19

Suffizienzpolitik

Damit einfacher leben einfacher wird

Eine wirklich grüne Ökonomie verabschiedet sich von der Wachstumsidee und dient dem sozialen Ausgleich

Wer sich aus dem Konsumzwang befreien will, benötigt einen langen Atem und kreative Strategien. Denn die Märkte sind immer noch auf „Mehr“ und ständiges Wachstum ausgerichtet. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Bewegung gegen die Wegwerf- und Konsummentalität. Dazu gehört auch, sich auf allen politischen Ebenen für Suffizienz und eine achtsame Kultur des „Genug“ einzusetzen. ■ VON IRMI SEIDL, WSL, UND ANGELIKA ZÄHRNT, BUND

Einkaufen nur im Secondhandshop oder alternative Lebensentwürfe ohne Auto oder Plastikverbrauch: Die individuellen Versuche, einen ökologisch und sozial verantwortbaren Lebensstil zu finden, sind vielfältig. Diese Selbstversuche mit ihren Klippen und Konflikten – erst recht, wenn die gesamte Familie mitziehen soll – sind inzwischen auch literarisch dokumentiert, wahlweise ernsthaft reflektierend oder lustvoll karikierend. Es gibt reihenweise Ratgeber mit Tipps, wie man umweltfreundlich wohnen, kochen und reisen kann und wie man sich im Dschungel der öko-fairen Siegel zurechtfindet. Es gibt auch weitergehende Überlegungen, wie man mit weniger gut leben kann und dass ein Leben mit weniger Gütern an Erfahrungen reicher sein kann. Dies bestätigt auch die neuere Glücksforschung. So weit, so positiv.

Einzelschrittchen reichen nicht

Aber der Blick in Fußgängerzonen und Shoppingmalls zeigt ebenso wie die Statistiken über Konsum und Ressourcenverbrauch das ernüchternde Resultat: All die individuellen Ansätze tangieren die Konsumgesellschaft nicht wesentlich und bewirken nur geringe ökologische Entlastungen. Gegen den (Konsum-)Strom schwimmen, kann beleben, aber auf Dauer kann es anstrengen – und es wird vor allem kein Massensport daraus entstehen.

Individuelle Suffizienzstrategien, gemeinschaftliche Suffizienzprojekte, lokale Initiativen (von Lokaler Agenda zu Transition Towns) reichen nicht aus, um eine breite gesellschaftliche Veränderung gegen die vorherrschende Konsumorientierung

voranzubringen.⁽¹⁾ Dafür braucht es eine Politik der Suffizienz mit Rahmenbedingungen und Maßnahmen, damit einfacher leben einfacher wird. Auf dieser Basis können sich Konsum und Lebensstil qualitativ so weiterentwickeln, dass die ökologischen Grenzen eingehalten und die erforderlichen Klima- und Ressourcenziele erreicht werden können.

Die Kritik an der Konsum- und Wegwerfgesellschaft ist so alt wie sie selbst und gleichermaßen alt sind die Appelle für einen anderen Lebensstil.⁽²⁾ Doch diese Appelle für Maßhalten und Begrenzung finden nur begrenzte Resonanz, solange die Politik auf Wachstum ausgerichtet ist und der Konsum als Wachstumsmotor dient. Diese Wachstumsorientierung führt dazu, dass Produktion und Dienstleistungen vom informellen Bereich der Eigenversorgung, Familien- und Nachbarschaftshilfe in den formellen Bereich des Marktes verlagert werden und Unternehmen auf diesem Markt am Konsum von Gütern und Dienstleistungen verdienen, aber nicht am Sparen oder Nicht-Konsumieren.

Es ist deshalb notwendig, sich vom Glauben an unbegrenztes Wachstum zu verabschieden und neben dem notwendigen Umbau zu einer grünen Ökonomie auch gleichzeitig an einer Ökonomie zu arbeiten, die nicht in der Steigerung des Werts der Marktproduktion von Gütern und Dienstleistungen die Hauptzielsetzung sieht, sondern in Wohlergehen, Lebensqualität und sozialem Ausgleich, national wie international. Für diesen Veränderungsprozess zu einer Postwachstumsgesellschaft braucht es verschiedene Elemente: neue Maßstäbe – wie die jetzt zum Beispiel in der Enquetekommission diskutierten

Ergänzungen zum Bruttoinlandsprodukt –, eine größere Unabhängigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft, von Institutionen und Individuen vom Wirtschaftswachstum und einen anderen Konsum sowie neue Lebensstile. Diese Elemente müssen eine Politik der Suffizienz erleichtern.

Entwurf einer Politik der Suffizienz

Die folgende Auflistung enthält Maßnahmen, die das Wachstum des Konsums und der Verschwendung verringern können, und solche, die einen anderen Lebensstil erleichtern oder ermöglichen. Die Untergliederungen sind nicht trennscharf, es gibt Überschneidungen. Diese Zusammenstellung ist stichpunktartig gehalten und vermittelt zugleich einen Überblick über bestehende Initiativen. Sie ist ein erster Entwurf für die inhaltliche Gestaltung einer Politik der Suffizienz. Auf dieser Basis kann man zugleich abwägen, welche Maßnahmen in der Öffentlichkeit besonders gut ankommen und damit für den Suffizienzgedanken werben, welche Maßnahmen Symbolkraft haben und welche besonders schwierig umsetzbar sind. Es ist auch zu überlegen, in welchen Themenbereichen sich bei der Umsetzung Möglichkeiten der Zusammenarbeit anbieten.

Eine Politik der Suffizienz wird nicht im Sinne eines Masterplans umgesetzt werden, es ist kein „man-to-the-moon“-Projekt. Der Wandel zu einer suffizienteren Gesellschaft wird in weiten Teilen ungeplant, aus der gesellschaftlichen Dynamik und kultureller Veränderung entstehen. Die Umsetzung und Konkretisierung wird sich an den realen Gegebenheiten, Notwendigkeiten und politischen Möglichkeiten orientieren. Vor

allem aber dürften Initiativen und Projekte starten, weil sie Spaß bringen, weil sie nützlich sind, weil sie das Portemonnaie entlasten, weil die Gelegenheit sich gerade bietet. Dennoch ist eine Politik der Suffizienz unverzichtbar, um Ansätze und Initiativen zu ermutigen und zu erleichtern.

Maßnahmen kontra Überkonsum

- ▶ Garantiezeiten von Produkten verlängern;
- ▶ Maßnahmen gegen geplanten Verschleiß, zum Beispiel durch Haftungsregelungen, Qualitätssiegel, TÜV-Prüfungen;
- ▶ Eco-Design für Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit, Wiederverwendbarkeit entwickeln;
- ▶ Begrenzung der Werbung (zum Beispiel durch Grenzen für steuerlich absetzbare Werbungskosten), werbefreie Zeiten im Fernsehen, werbefreie Flächen in den Städten;
- ▶ Abschreibungsregelungen überprüfen (zum Beispiel Dienstwagenprivileg, Abschreibungszeiten);
- ▶ Geschwindigkeiten verringern (zum Beispiel Tempolimit);
- ▶ Lebensmittelverschwendung drastisch reduzieren.

Maßnahmen pro Suffizienz

1. Maßnahmen auf Bundesebene:

- ▶ Ökologische Steuerreform: Energie- und Ressourcenverbrauch verteuern und gleichzeitig Arbeitskosten senken, damit Dienstleistungen, Regionalität, Langlebigkeit, Reparieren sich stärker lohnen;
- ▶ Arbeitszeitverkürzung in unterschiedlichen Formen, damit Eigenversorgung, Gemeinschaftsinitiativen, Freizeitaktivitäten ein größeres Gegengewicht gegen Konsum bilden können; steuerliche Bevorzugung von Teilzeitarbeit und besondere Berücksichtigung in der Sozialversicherung;
- ▶ Verringerung sozialer Unterschiede sowie steuerliche Maßnahmen zur Verringerung von großen Unterschieden in Einkommen und Vermögen, weil sozial

ausgeglichene Gesellschaften weniger konsumorientiert und potenziell eher für gesellschaftliche Transformationen bereit sind.

2. Maßnahmen auf regionaler und kommunaler Ebene:

- ▶ Gute Verkehrsinfrastruktur (Radwege, ÖPNV) aufbauen;
- ▶ Gemeinschaftseinrichtungen wie Büchereien, Schwimmbäder oder Theater, die von der öffentlichen Hand finanziert sind, beibehalten beziehungsweise Bürgervereinigungen, gemeinnützige Organisationen und andere fördern, die diese Einrichtungen zumindest zum Teil übernehmen können;
- ▶ neue Einrichtungen für Gemeinschaftsnutzungen (Häuser der Eigenarbeit, allgemein zugängliche Bücherschränke, Werkstätten, Teilen von Werkzeugen), Flächen für Urban Gardening, wobei unterschiedliche Trägerschaften denkbar sind: kommunal, privat, genossenschaftlich, über eine Stiftung und anderes;
- ▶ Weiterverwendung von Gütern (Secondhandläden, Ebay, Kleiderkammern, Tauschbörsen);
- ▶ konsumfreie Zonen oder Mischung von konsumfreien Aufenthaltsmöglichkeiten und Konsumangeboten (Bänke in Fußgängerzonen);
- ▶ Bildung (Können fürs Selbermachen, selber reparieren, selbst organisieren – entsprechende Weiterbildung entwickeln);
- ▶ neue gemeinsame Wohnformen und Nachbarschaftsnetze;
- ▶ Regionalgeld und andere Formen alternativer Austauschsysteme, einschließlich Zeittauschsysteme.

3. Maßnahmen auf Unternehmensebene:

- ▶ Geschäftsmodelle entwickeln, bei denen an Unterstützung und Förderung von Suffizienz verdient werden kann;⁽³⁾
- ▶ neue Konsumangebote, die Konsum und Produktion verbinden (Prosumment), zum Beispiel Ackerflächen zum Nutzen oder Selbsternten vermieten;
- ▶ Angebote von Dienstleistungen statt von Gütern;

- ▶ Entwickeln von Geschäftsmodellen, die nicht auf Wachstum angewiesen sind.

Eine Politik der Suffizienz sollte offensiv die politische Debatte ergänzen, gerade in Zeiten, in denen die Hoffnungen auf Technik und grüner Ökonomie und grünem Wachstum ruhen. Suffizienzstrategien dürfen nicht als Auffanglösung in ferner Zukunft gesehen werden – dann, wenn es doch zu geringeren Wachstumsraten kommen sollte –, sondern als aktuelle Politikoption. Suffizienz kann nicht schlagartig abgerufen werden, wenn die mangelnde Reichweite technischer Effizienzverbesserungen absehbar ist. Eine Kultur der Achtsamkeit und des Genug braucht Zeit sich zu entwickeln – und förderliche Rahmenbedingungen.

Literatur

- ▶ (1) Linz, Manfred: Wie lernen Gesellschaften heute? Reihe Impulse zur Wachstumswende, Wuppertal Institut, Wuppertal 2012
- ▶ (2) BUND/Misereor (Hrsg): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Birkhäuser 1996. BUND/Brot für die Welt/EED (Hrsg): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Fischer 2008. Galbraith, J. K.: The Affluent Society. Mentor Book. Hecho Canada, 1958; Glauber, H.: Langsamer, weniger, besser, schöner. oekom, München 2006. Illich, I.: Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik. Rowohlt, Reinbek 1980. Paech, N.: Befreiung vom Überfluss. oekom, München 2012
- ▶ (3) Schneidewind, U./Palzkill, A.: Suffizienz als Business Case. Reihe Impulse zur Wachstumswende. Wuppertal Institut, Wuppertal 2012

Dr. Irmi Seidl leitet eine Forschungseinheit an der Eidgenössischen Forschungsanstalt WSL bei Zürich.



Dr. Angelika Zahrnt ist Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung und war bis 2007 Vorsitzende des BUND. Beide sind Wirtschaftswissenschaftlerinnen.



Kontakt:
E-Mail: irmi.seidl@wsl.ch,
angelika.zahrnt@bund.net,
www.postwachstum.de

Wissenschaftspolitik

Bürger an Forschungswende beteiligen

Statt fertige Lösungen zu liefern, sollten Wissenschaftler zentrale Fragen mit der Zivilgesellschaft diskutieren

Wie wird entschieden, was mit öffentlichen Geldern erforscht wird? Wer bestimmt, in welche Richtung die Forschung geht? Und wie gelangen die Antworten der Wissenschaft schließlich aus dem Elfenbeinturm raus in die Öffentlichkeit? Um die Öffentlichkeit dabei von Anfang an einzubinden, hat sich im Juli die zivilgesellschaftliche Plattform Wissenschaftspolitik gegründet. Sie appelliert an die gesellschaftliche Verantwortung der Forscher. ■ VON STEFFI OBER, NABU

Für die Umrüstung von drei Porsche-Sportwagen mit Elektromotoren hat das Unternehmen vom „Leuchtturmprojekt Elektromobilität“ der Bundesregierung 3,7 Millionen Euro erhalten. Das Ziel: Die Autos sollen künftig in 5,5 Sekunden von 0 auf 100 Kilometer pro Stunde beschleunigen können. Dieses Beispiel zeigt, dass öffentliche Gelder direkt in die Industrie fließen. Im Fall von Porsche in einen Konzern mit fast 1,5 Milliarden Euro Reingewinn im Jahr 2011. Die gängige Forschungsfinanzierung kritisch unter die Lupe zu nehmen, ist ein Ziel der Plattform Wissenschaftspolitik. Ihr gehören Vertreter von Umweltverbänden, Entwicklungshilfeorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften und wissenschaftlichen Vereinigungen wie die NAWI-Runde und Erconet an.

Im Programm der Plattform stehen auch die Transformation und Partizipation in der Wissenschafts- und Forschungsdebatte. Die Umgestaltung der Gesellschaft zur Nachhaltigkeit ist eine Herausforderung für alle gesellschaftlichen Bereiche. Klimawandel, Welthunger, Ressourcenknappheit sind höchst komplexe Sachverhalte. Da die Expertise der Wissenschaft angesichts dieser Komplexität zunehmend von Unsicherheit und Unwissen geprägt ist, muss die Politik Entscheidungen für die Zukunft treffen, ohne sich auf „sicheres“ Wissen stützen zu können.

Technische Lösungen reichen nicht

Doch wie und wo werden diese Zukunftsentwürfe demokratisch verhandelt? Im Parlament werden die unterschiedlichen gesellschaftlichen Ansprüche und Interessen in ihrer Pluralität nicht ausreichend

repräsentiert. Gerade die Wissenschafts- und Forschungspolitik ist äußerst vielschichtig und steht zudem unter starkem Lobbydruck bestimmter gesellschaftlicher Partikularinteressen – auch auf Kosten des Allgemeinwohls. Eine langfristige, gemeinwohlorientierte, nachhaltige Politik zu gestalten, stößt daher an Grenzen.

Um unseren ökologischen Fußabdruck drastisch zu reduzieren, reichen jedoch technische Lösungen und Effizienzsteigerungen nicht aus. Mindestens ebenso wichtig sind die Änderung der Lebensstile, die Stärkung der Allgemeingüter sowie Suffizienzstrategien. Weder in der Wissenschaft noch in der Politik, der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaft gibt es einen Überblick, wie diese Ziele zu erreichen sind. Deshalb müssen alle gesellschaftlichen Kräfte im Sinne einer beratenden Demokratie zusammenwirken. Selbst die Wissenschaft muss einsehen, dass sie auf den Austausch mit der Öffentlichkeit angewiesen ist, um ihr Wissen aus unterschiedlichen Disziplinen in die Gesellschaft zu integrieren.

Bürgerbeteiligung von Anfang an

Eine nachträgliche Imagekampagne, um Akzeptanz für neue Technologien zu schaffen, wird keinen Erfolg haben. Das Scheitern der Gentechnik zur Pflanzenzüchtung zeigt dies deutlich. Die Transformation der Gesellschaft fordert nicht nur Forschung und Innovation aus dem Wissenschaftssystem, sie stellt auch die Frage nach einem neuen Grundkonsens im sozialen Zusammenleben. In seinem Jahresbericht 2011 fordert der Wissenschaftliche Beirat für globale Umweltfolgen (WBGU) einen neuen Gesellschaftsvertrag für die „Große

Transformation“. Dafür sind Verhandlungsprozesse erforderlich, die über die Teilsysteme hinausgehen. Aktuelles Beispiel ist die Frage, wie die Energiewende gelingen kann. Gesucht werden Konzepte, an die die Zivilgesellschaft anknüpfen kann, und die Menschen in den Regionen überzeugen. Gerade hier wäre eine kontinuierliche Einbindung der Zivilgesellschaft in Forschungskonzeption und die Bewertung der daraus folgenden Szenarien überaus fruchtbar. Energiewende, die Umstellung des erdölbasierten auf ein pflanzenbasiertes Zeitalter, Konzepte für eine solidarische Mobilität sowie für gemeinwohlorientierte Gesundheitsforschung sind nur einige Themen für eine nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.

Transparenz für die Forschungswende

Ein zukunftsfähiges Wissenschaftssystem muss sich demokratisieren und transparenter werden. Doch die Beharrungskräfte in der Wissenschaft sind groß und die industriellen Verwertungsinteressen dominieren in den Forschungsansätzen. Um im anspruchsvollen Forschungs- und Wissenschaftsdiskurs auf Augenhöhe mitreden zu können, benötigt die Zivilgesellschaft tragkräftige, langfristige Strukturen.

Deshalb wurde die Plattform Wissenschaftspolitik gegründet. Seit August gehört sie der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) an. Bei der Gründungsveranstaltung mit mehr als 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bildeten sich Arbeitskreise zur intensiven, weiteren inhaltlichen und strukturellen Diskussion. „Wie wollen wir unsere junge Plattform gestalten, welche Themen setzen wir uns und

wie schaffen wir für die Plattform selbst möglichst große Transparenz und Partizipation?“ lauten die wichtigen Fragen. Ende Oktober werden in einem Workshop für die Zivilgesellschaft die ersten Ergebnisse der Arbeitskreise vorgestellt. Parallel dazu wird derzeit eine Homepage erarbeitet, die Ende Oktober online geht. In der Zwischenzeit stehen wichtige Infos auch zum Projekt unter dem Blog: „Nachhaltige Wissenschaft“.

Bedrohen Bürger Forschungsfreiheit?

Als Argument gegen eine Einmischung der Gesellschaft führen wissenschaftliche Institutionen wie Hochschulen gern die Freiheit der Wissenschaft an. Sieht man sich diese viel beschworene Freiheit näher an, entpuppt sie sich als Chimäre. Die Universitäten sind systematisch unterfinanziert und auf öffentliche oder private Drittmittel angewiesen. Transparency International beschäftigt sich in der jüngsten Ausgabe seiner Publikation „Scheinwerfer“ mit der fragwürdigen Drittmittelpolitik der Wissenschaft. Lehrstühle, die nicht drittmitteltauglich sind, werden über kurz oder lang gestrichen. Vertreter heterodoxer Ansätze, die von der herrschenden Lehre abweichen und nicht dem klassischen Wissenschaftssystem entsprechen, scheiden früh aus den Hochschulkarrieren aus.

Eklatant zeigt sich dieser Mangel an wissenschaftlicher Vielfalt bei den Lehrstühlen in der Ökonomie. Alternativen zum Mainstream, der zu der globalen Finanzkrise geführt hat, fehlen oder finden keinen Anschluss. Kultur- und Sozialwissenschaften werden immer weiter ausgedünnt, Wirtschaftsethik weicht den rein mathematischen Ansätzen. Nachhaltigkeitsforschung und transdisziplinäre Forschung erweisen sich als Hindernis für Forscherkarrieren, weil sie schlecht in die gängigen Bewertungsraster passen. Beratung und gesellschaftliche Umsetzung von technischen, sozialen oder kulturellen Innovationen zählen nicht im akademischen Selbstverständnis. Weder das Wissenschaftssystem selbst noch die Forschungspolitik werden dem grundlegenden Anspruch einer Demokratie nach Transparenz und Öffentlichkeit gerecht.

National und auf der europäischen Ebene dominiert die Orientierung der Forschung an wirtschaftlichen Zielen und internationaler Konkurrenzfähigkeit, was sich in Begrifflichkeiten und Forderungen wie „Hightechstrategie“, „Innovationspolitik statt Wissenschaftspolitik“ und „Exzellenzinitiative“ niederschlägt.

Ökonomie dominiert Forschung

Dass damit verbunden die Grundlagenforschung und Geisteswissenschaften an den Universitäten oftmals abgebaut werden und damit deren Freiheit massiv beschnitten wird, sei hier nur am Rande erwähnt. Die milliardenschwere Programmforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), zum Beispiel für die „Hightechstrategie“ oder „Bioökonomie 2030“, fordert und fördert die kurzfristige ökonomische Verwertbarkeit. Am Ende fließen die öffentlichen Forschungsgelder zum überwiegenden Teil entweder direkt an die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Firmen oder an Forschungsinstitute und Arbeitsgruppen, die eng mit der Produktentwicklung für die Industrie verbunden sind.

Wirtschaft berät Politik

Die „Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft“ berät die Bundesministerin für Bildung und Forschung als „zentrales innovationspolitisches Beratungsgremium“. Von den insgesamt 27 Mitgliedern kommen fast zwei Drittel aus der Wirtschaft und der privaten Forschung, nur knapp ein Drittel kommt aus Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen. Nicht vertreten sind hingegen die organisierte Zivilgesellschaft und die potenziellen Anwender der Forschung, die Bürgerinnen und Bürger. Deren Rolle schätzt das Gremium völlig passiv ein: „Die Gesellschaft unterstützt durch Technologie- und Produktakzeptanz den Struktur- und Energiewandel.“ Keine Rede ist davon, wie diese Akzeptanz geschaffen werden soll. Entsprechend fallen die Empfehlungen der Experten aus: Zu lesen ist viel von neuen Antriebssystemen, Kraftstoffen und Spei-

Veranstaltungen 2012

09.10.: Die Rolle der Stiftungen bei der Förderung einer transformativen Wissenschaft, Berlin

30.10.: Workshop zum Runden Tisch „Wissenschaftspolitik“ (NABU-Geschäftsstelle). Bitte anmelden und Termin bestätigen lassen.

30.11. – 02.12.: VDW-Tagung: Auftakt der Tagungsreihe „Wissenschaft für Frieden und Nachhaltigkeit“

Liste mit Veranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit und Transformation:

► www.innomonitor.de/index.php?id=132&be=332

chertechnologien sowie von Verkehrsinfrastrukturen. Kein Wort von Forschung, die sich mit den grundlegenden Strukturen von Mobilität oder gar mit der Vermeidung von Verkehr befassen würde. Brisant dabei ist, dass die Forschungsunion und der Bioökonomierat nicht nur Empfehlungen formulieren, sondern diese auch direkt in Form von Programmen wie „Bioökonomie 2030“ dem Bundesministerium liefern. Hier will in Zukunft auch die zivilgesellschaftliche Plattform Wissenschaftspolitik mitreden – und damit die Forschungswende einleiten.

Die Tierärztin Dr. Steffi Ober ist Koordinatorin der Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende/ Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.)

Kontakt:
Tel. +49 (0)172 5254198,
E-Mail:
steffi.ober@vdw-ev.de,
steffi.ober@humboldtviadrina.org,
www.vdw-ev.de



EU-Agrarreform

Kein Ackern auf Kosten der Gewässer!

Ohne umweltfreundliche Landwirtschaft bleiben saubere Seen und Flüsse auch weiterhin die Ausnahme

Derzeit diskutiert Brüssel die Reform der Agrarpolitik – ein guter Zeitpunkt, um Förderungen abzuschaffen, die bislang zulasten der europäischen Gewässer gehen. Schließlich leidet nicht nur die Natur unter immenser Wasserverschmutzung durch Dünger und Pestizide. Doch die EU-Agrarminister torpedieren den Vorschlag der Kommission, die milliarden-schweren Subventionen an besseren Gewässerschutz zu knüpfen. ■ VON TOBIAS SCHÄFER, GRÜNE LIGA

Bäche, Flüsse und Seen sind Spiegel der sie umgebenden Landschaft: In den Stofffrachten und Sedimenten der Gewässer, in ihrer Wasserführung, ihrer Temperatur und in ihrer Lebensraumstruktur bildet sich ab, wie wir mit Boden und Wasser in ihren Einzugsgebieten umgehen. Zahllose Beispiele belegen das enorme Potenzial der Landwirtschaft, die Produktion von hochwertigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen deutlich nachhaltiger zu gestalten, Feuchtgebiete und Gewässer besser zu schützen und für den Rückhalt von Wasser und Nährstoffen zu nutzen sowie die Artenvielfalt in der Kulturlandschaft zu fördern.

Insgesamt ist die industrialisierte Landwirtschaft jedoch seit Jahrzehnten die Hauptverursacherin des Rückgangs von Tier- und Pflanzenarten, des Verlusts an Biodiversität sowie der Überdüngung der Gewässer und der ökologischen Degradierung der Landschaft. Sie setzt zu viel Dünger, Gülle und Pestizide ein und hat durch Eingriffe in die Gewässerlebensräume natürliche Puffer und Filter geschädigt, insbesondere Ufer, Auen und Feuchtgebiete.

Der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, aber auch der Landwirtschaftspolitik von Bund und Ländern kommt dabei die Schlüsselrolle zu. Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik steht derzeit in Brüssel der größte Posten des EU-Haushalts zur Diskussion und damit die Landwirtschaftssubventionen, für die allein die EU in der Förderperiode 2014 bis 2020 knapp 400 Milliarden Euro ausgeben will. In der Gestaltung der Förderbedingungen entscheidet sich, welcher Art von Landwirtschaft wir in Europa den Vorrang einräumen und welche Auswirkungen auf

die Umwelt wir dafür in Kauf nehmen. Und dies im Wortsinn, denn nicht selten zahlen die BürgerInnen dafür doppelt: Bis über eine Milliarde Euro an zusätzlichen Kosten verursacht beispielsweise die Wasserverschmutzung durch Dünger und Pflanzenschutzmittel alljährlich in Frankreich; dafür bezahlen die VerbraucherInnen über ihre Wasserrechnung. Aber auch andere von der Landwirtschaft verursachte Umweltschäden kommen die Gesellschaft teuer zu stehen.

Produktionsweisen grundlegend ökologisieren

Die Landwirtschaft muss sorgsamer mit ihren eigenen Produktionsgrundlagen Bodenfruchtbarkeit, Wasserhaushalt, Klimabedingungen und Biodiversität umgehen. Ansonsten werden saubere Gewässer in Deutschland und Europa, die sich in einem guten ökologischen Zustand befinden, auf lange Sicht die Ausnahme bleiben. Es spricht viel dafür, jetzt umzusteuern. Viele Umweltverbesserungen wären bereits durch den effizienteren Einsatz von Dünger oder eine schonendere Gewässerunterhaltung zu erreichen. Unerlässlich sind jedoch eine grundlegende Ökologisierung der Produktionsweisen und ein klares politisches Bekenntnis hierzu. Auf der Basis eines strikten ordnungsrechtlichen Rahmens sind ökonomische Anreize für gezielte Verbesserungen und professionelle Beratung zwei Kernelemente einer ernst gemeinten Reform der Agrarpolitik. Nur so lassen sich deren immense Zahlungen aus den öffentlichen Haushalten rechtfertigen.

Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Änderungen in der Subventi-

onspolitik gehen in die richtige Richtung und verdienen daher Unterstützung. Ökologische Vorrangflächen in der Agrarlandschaft, beispielsweise Feuchtgebiete und Uferbereiche, sowie die Einbeziehung des Gewässerschutzes in die Mindeststandards, die Subventionsempfänger einzuhalten haben (Cross Compliance), könnten den Gewässerschutz deutlich voranbringen. Auf diese und andere Verbesserungen haben sich die Generaldirektionen Umwelt und Landwirtschaft im Oktober 2011 geeinigt.

Wenig überraschend setzen die Agrarminister der Mitgliedstaaten jedoch alles daran, die Vorschläge der EU-Kommission auszuhebeln. Am 18. Juni 2012 hat der Rat der Agrarminister verkündet, die geltenden Vorgaben zum Gewässerschutz explizit aus den Agrarsubventionen ausklammern zu wollen. Auch der Agrarausschuss im Europäischen Parlament vertritt diese Linie in seinem Bericht zu den Verordnungsentwürfen der Kommission. Allerdings wurden im Plenum auch zahlreiche Änderungsanträge eingebracht, die mehr Gewässerschutz fordern. Darüber wird voraussichtlich im November 2012 abgestimmt.

Auf Dünger und Pestizide verzichten reicht nicht

Der „gute Zustand“ der Gewässer, ökologisch wie chemisch, ist, seitdem die Wasserrahmenrichtlinie im Jahr 2000 verabschiedet wurde, eines der herausragenden Ziele der europäischen Umweltpolitik. Die Flussgebietsmanagementpläne, die im Jahr 2009 fertigzustellen waren, formulieren, wenn auch noch zaghaft, die dafür not-

„Agrarreform muss Europas Gewässer besser schützen“

Das Europäische Umweltbüro EEB und weitere Verbände und Stiftungen haben insgesamt zehn Forderungen für einen besseren Gewässerschutz in der GAP-Reform in einem Positionspapier zusammengestellt. Die zentralen Handlungsempfehlungen lauten:

Umweltauflagen für die Direktzahlungen (Erste Säule) sind der Schlüssel für eine wirkliche Agrarreform. Klare Mindeststandards auf Grundlage geltender Umweltgesetze einschließlich der Wasserrahmenrichtlinie sind die Voraussetzung für eine sinnvolle Cross Compliance. Notwendig sind verbindliche Verpflichtungen zur Bilanzierung von Nährstoffen und von Wasserentnahmen, zu Erosionsschutz, Grünlanderhalt und Fruchtfolgen sowie zur Pestizidanwendung gemäß der Pestizidrichtlinie.

Zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen sollten als ökologische Vorrangflächen nicht intensiv bewirtschaftet werden. Auf ihnen sollten Feuchtgebiete, Uferbereiche und mindestens zehn Meter breite Pufferstreifen entlang aller Gewässer (beidseitig, ohne Bodenbearbeitung, Dünger- und Pestizidausbringung) funktional in die Agrarlandschaft integriert werden.

Für die Ländliche Entwicklung (Zweite Säule) müssen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt und mindestens zur Hälfte für Agrarumweltmaßnahmen und echte Verbesserungen zweckgebunden werden, etwa für die extensive Beweidung in Auen oder die Wiedervernässung von Feuchtgebieten. Ökologischer Landbau muss EU-weit verpflichtender Fördergegenstand in der Zweiten Säule werden.

wendigen Schritte und Maßnahmen. Diese Zielvorgaben basieren auf geltendem EU-Recht, sie sind international abgestimmt, von den Umweltministern (die nicht selten zugleich Agrarminister sind) unterzeichnet und behördenverbindlich. Es ist letztlich eine Minimalforderung, dass diese Ziele und Standards sich auch in den Vergabekriterien für die öffentlichen Gelder spiegeln, die die Landwirtschaftsbehörden ausreichen.

Ohne eine in den Cross-Compliance-Anforderungen festgelegte Basis lässt sich auch nicht adäquat definieren, was eine honorierenswerte ökologische Leistung ist: Schon jetzt ist es en vogue, das bloße Unterlassen von Beeinträchtigungen als Umweltleistung der Landwirtschaft zu verkaufen. Aber: Wer auf Dünger und Pestizide verzichtet, produziert noch kein sauberes Wasser.

„Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik – Wo bleibt der Gewässerschutz?“ lautet der Titel eines Seminars, das die Grüne Liga in Kooperation mit dem Nabu im Mai 2012 in Hamburg veranstaltet hat. Zur Diskussion standen dort auch die dramatischen Auswirkungen des Biomassebooms, der die Belastung der Gewässer dramatisch

verschärft. Das von offizieller Seite vorgelegte Fazit für Schleswig-Holstein, das sich auf ganz Norddeutschland übertragen lässt, ist dramatisch:

- ▶ Der Nitratgehalt im Grundwasser steigt großflächig an, die Nährstoffminderungsziele der Flussgebietsmanagementpläne werden verfehlt.
- ▶ Die Flächenkonkurrenz verhindert zunehmend den Erwerb von Flächen in Auen und Niederungen, die für naturnahe Gewässerentwicklung notwendig wären.
- ▶ Insgesamt werden die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie und der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie nicht zu erreichen sein: weder in Bächen, Flüssen und Seen noch in den Küsten- und Meeresgewässern.

Biomasseboom belastet die Gewässer zusätzlich

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erweist sich als GAU für die Gewässer. Die exzessive Förderung macht ausgerechnet den Anbau von Mais, der Problemfrucht schlechthin, derart lukrativ, dass eine Intensivierungswelle die deutsche Agrarland-

schaft überrollt. Deutschlandweit werden auf 17 Prozent der Ackerfläche Energiepflanzen angebaut, in einigen Regionen Schleswig-Holsteins ist der Anteil von Silomais inzwischen auf bis zu 50 Prozent der Gemeindeflächen angestiegen.

Der herbeigeförderte Maisboom beschleunigt durch Humuszehrung und Erosion auch die Degradation der landwirtschaftlichen Flächen selbst und verursacht nicht selten – etwa auf entwässerten Moorböden – ganz erhebliche Emissionen klimarelevanter Gase. Ohnehin leistet Biogas aufgrund seines hohen fossilen Inputs und seines schlechten Wirkungsgrades bei der Energieumwandlung einen bestenfalls bescheidenen Beitrag zur Energiegewinnung. Nicht zuletzt verhindert die gegenwärtige Förderpraxis auch, dass sich sinnvolle Alternativen für die klima- und gewässerschonende Landnutzung etablieren. Insgesamt würde man sich zwingendere Gründe für das Verheizen von Feldfrüchten wünschen.

Ihre Auswirkungen auf die Gewässer vor Augen fällt es schwer, die gegenwärtige Agrar- und Biomasseförderung nicht als perverse Subventionen zu bezeichnen. In großem Stile honoriert sie die Schädigung öffentlicher Güter, im Widerspruch zu Vorsorge- und Verursacherprinzip und verursacht hohe Kosten für Umwelt und Gesellschaft. Das europäische Agrarmodell und die Erneuerbare-Energien-Politik brauchen dringend eine ernst gemeinte Reform. Denn ohne ein Umsteuern gehen essenzielle Ökosystemdienstleistungen des Wasser- und Naturhaushaltes auch in Zukunft buchstäblich den Bach runter.

Tobias Schäfer arbeitet in der Bundeskontaktstelle Wasser der Grünen Liga in Berlin und ist Mitglied der Water Working Group im Europäischen Umweltbüro (EEB).

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 403935-72,
E-Mail: tobias.schaefer@
grueneliga.de,
www.wrrl-info.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallpolitik**Dialog zur Wertstofftonne**

■ Über tausend BürgerInnen haben sich bis Ende August am Bürgerdialog des Bundesumweltministeriums (BMU) zur Wertstofftonne beteiligt. Die Einführung einer Wertstofftonne ist Teil des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Deutschland. Damit wird die EU-Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht übertragen.

Zur Diskussion stand das „Thesenpapier zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Wertstofftonne“ – also die Einführung einer orangefarbenen Tonne. Das Papier enthält neben Anforderungen für das Sammeln und Sortieren Grundsätze wie Bürgernähe, leichte Verständlichkeit, Produktverantwortung sowie Fragen zum Wettbewerb und den Kosten. Mit dem Bürgerdialog hat die Bundesregierung Vorschläge für das weitere Gesetzesverfahren gesammelt. Viele der Kommentatoren und auch der NABU plädieren für eine Wertstoffsammlung in kommunaler Hand. [jg]

- Bürgerdialog: www.kurzlink.de/bmu-dialog2012
- NABU: www.kurzlink.de/nabu-wertstofftonne

Abfallvermeidung**Mitmachaktion im November**

■ Vom 17. bis 25. November findet die Europäische Woche zur Abfallvermeidung statt. In Deutschland koordiniert der NABU die Aktionen. Interessierte können eigene Ideen anmelden. Jährlich entsteht laut NABU ein Müllberg von fast 50 Millionen Tonnen Gewicht in Deutschland. Die Vermeidung von Abfall sei die wichtigste Aufgabe, um Ressourcen zu schonen. Die Aktionen sollen Denkanstöße für konkrete Lösungen oder Alternativen aufzeigen und für das Problem Müll sensibilisieren. [jg]

- www.nabu.de/aktionenundprojekte/abfallvermeidung

EU-Abfallstatistik**Giftmülleuropameister Deutschland**

■ 77 Millionen Tonnen gefährliche Abfälle fielen im Jahr 2009 in den 27 EU-Mitgliedstaaten an. Das ist dem Bericht der EU-Kommission über den Umgang mit gefährlichen Abfällen zu entnehmen, der im Rahmen des Basler Übereinkommens alle drei Jahre veröffentlicht wird. Deutschland war demnach „Giftmülleuropameister“.

Zwischen 2000 und 2008 hat sich die Gesamtmenge an gefährlichen Abfällen in der EU-27 fast verdoppelt. 2009 war dieser Trend vermutlich wegen schwankender Wirtschaftsaktivitäten wieder leicht rückläufig. Umgerechnet fielen pro Kopf und Jahr 154 Kilogramm Gefahrenmüll an. Die Abfallverwertung hat in den letzten Jahre deutlich abgenommen: Im Jahr 2004 wurden noch 84 Prozent der in die EU-27-Staaten verbrachten Abfälle verwertet, 2009 waren es nur noch 70 Prozent. Die grenzüberschreitende Verbringung von gefährlichen Abfällen nahm zwischen 2001 und 2007 um 150 Prozent zu. Allein die Niederlande führten zwischen 2007 und 2009 40 Prozent ihrer Abfälle zur Verwertung aus.

Die größten Abfallberge mit gefährlichem Müll fielen im Zeitraum 2007–2009 in Deutschland an: etwa 19 Millionen Tonnen jährlich. Hier wurden EU-weit auch am meisten gefährliche Abfälle eingeführt. Auch wenn man die Gesamtabfallmenge („gefährliche und andere notifizierte Abfälle“) betrachtet, lag Deutschland 2009 mit 7,6 Millionen Tonnen an erster Stelle.

Die Daten stammen von den EU-Mitgliedstaaten. Doch viele Länder reichten keine Zahlen ein, sodass Werte hochgerechnet werden mussten. Außerdem gab es Unstimmigkeiten bei den Mengenangaben zur selben Verbringung zwischen zwei Staaten. Der Unterschied zwischen den gemeldeten „Gesamtausfuhren“ und „Gesamteinfuhren“ gefährlicher Abfälle betrug allein im Jahr 2009 27 Prozent. Auch die angegebene Anzahl von 400 illegalen Abfallverbringungen im Jahr 2009 entspricht nicht den Untersuchungsergebnissen

anderer Studien. Die Gesamtzahl illegaler Verbringungen sei erheblich größer, erklärte die EU-Kommission. [jg]

- Bericht: www.kurzlink.de/kom2012-448

Abfallverwertung**Österreich Recyclingmeister**

■ Unter den EU-Ländern gibt es große Unterschiede bei der Umsetzung von Recycling, den Preisen für die Müllentsorgung und der Einhaltung EU-weiter Regeln. Das geht aus einem Bericht hervor, den die EU-Kommission Anfang August veröffentlichte. Am besten schneiden demnach Österreich, die Niederlande und Dänemark ab, gefolgt von Deutschland und Schweden. Anhand von 18 Kriterien wurde ermittelt, wie effektiv die Mitgliedstaaten ihre kommunalen Abfälle verwerten.

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik kritisierte, dass insgesamt noch zu viel Müll deponiert statt wiederverwertet wird. Dabei gebe es Alternativen und Mittel aus dem Strukturfonds der EU. Die Kommission will auf der Grundlage des Berichts Fahrpläne für die zehn Staaten aufstellen, die die schwächsten Leistungen bei der Abfallverwertung aufwiesen. Diese Länder sollen bei der Verbesserung ihrer Abfallbewirtschaftung unterstützt werden.

Laut einer Studie im Auftrag der EU-Kommission ließen sich schätzungsweise 72 Milliarden Euro im Jahr einsparen, wenn das Abfallrecht der EU vollständig umgesetzt würde. Außerdem könnten bis 2020 rund 400.000 Arbeitsplätze in dem Sektor geschaffen werden. [mbu]

- www.europa.eu/rapid (Reference IP/12/888)

Getränkeverpackungen**Verbände fordern Mehrweg**

■ Obwohl die deutsche Verpackungsverordnung vorschreibt, dass mindestens 80 Prozent aller Getränkebehälter umweltfreundliche Mehrwegflaschen, Getränke-

kartons und Schlauchbeutel sein müssen, wird diese Quote wird schon seit Jahren nicht erzielt, wie Umweltverbände kritisieren. Im Jahr 2009 wurden nicht einmal 52 Prozent erreicht, nur bei Bierflaschen lag der Mehrweganteil bei 89 Prozent.

Der DNR, der NABU, der BUND und der Bundesverband für Umweltberatung (bfub) haben fünf Forderungen an die Politik gestellt, um den Mehrweganteil wieder zu erhöhen. Hierzu gehört die Einführung einer Steuer auf Getränkeverpackungen sowie eine Kennzeichnungspflicht, damit VerbraucherInnen Einweg- und Mehrwegverpackungen eindeutig unterscheiden können. [jg]

► www.kurzlink.de/mehrweg-standpunkt

Gefährliche Weichmacher

Dänische Regierung schützt ihre Bevölkerung

■ Vier Phthalate – Stoffe, die als Weichmacher in Kunststoffen und PVC eingesetzt werden – sind in Dänemark ab Herbst verboten. Die dänische Regierung will mit der Entscheidung nicht warten, bis die EU im Frühjahr 2013 bestimmt, ob die hormonell wirksamen Substanzen verboten werden sollen oder nicht.

Bei dem Verbot handelt es sich um DEHP (Di-ethylhexylphthalat), DBP (Di-butylphthalat), DBP (Benzylbutylphthalat) und DIBP (Diisobutylphthalat), die in Alltagsprodukten wie zum Beispiel Spielzeug oder Duschvorhängen vorkommen. Damit definiert die dänische Regierung national höhere Standards als in der EU zurzeit vorgesehen. Die Umweltministerin Ida Auken riskiert damit ein rechtliches Vorgehen der EU-Kommission gegen Dänemark. Sinngemäß sagte Auken, dass EU-Vorschriften einzelne Mitgliedstaaten nicht daran hindern dürften, ihre BürgerInnen zu schützen, besonders, wenn es auf EU-Ebene noch keine geeigneten Vorschriften gebe. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger hat den deutschen Bundesumweltminister Peter Altmaier aufgefordert, dem Beispiel

seiner Kollegin Auken zu folgen und „umgehend alle Chemikalien zu verbieten, die Kinder schädigen können“. [jg]

► www.mim.dk/Nyheder/20120823_ftalater.htm

► BUND: www.kurzlink.de/bund-pm-2608

Konsultation

54 gefährliche Chemikalien

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat eine öffentliche Befragung zu 54 besorgniserregenden Substanzen gestartet. Es handelt sich unter anderem um Stoffe, die krebserregend, genverändernd oder fortpflanzungsschädigend sind. Nun soll überprüft werden, ob sie unter der EU-Chemikalienverordnung REACH verboten oder stark eingeschränkt werden sollen. Die Frist für das Einreichen von Kommentaren endet am 18. Oktober. [jg]

► www.kurzlink.de/echa-konsultation54

Quecksilber

Es gibt Alternativen für Zahnfüllungen und Batterien

■ Eine Studie vom Forschungsinstitut BIO Intelligence Service (BIOS) im Auftrag der EU-Kommission hat Möglichkeiten zur Verringerung von Quecksilberemissionen untersucht. Besonders auf Amalgam in Zahnfüllungen und Knopfzellebatterien haben sich die Autoren konzentriert.

Mehr als 70 Prozent der europäischen Ökosysteme in großen Teilen West-, Zentral- und Südeuropas seien Schätzungen zufolge wegen ihrer hohen Quecksilberbelastung gefährdet. Amalgam war 2007 laut der BIOS-Studie nach der Chlor-Alkali-Produktion die zweitgrößte Quelle von Quecksilberemissionen in der EU. Für zahnärztliche Zwecke würden im Durchschnitt jährlich 75 Tonnen Quecksilber verwendet. BIOS schätzt, dass rund ein Viertel der in der Zahntechnik tätigen Unternehmen keine Amalgamabscheider

Neue Gesetze in Kraft

Strengere Regeln für Elektroschrott

Ende Juli ist die neue EU-Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte in Kraft getreten (WEEE). Die Vorschriften für Sammlung und Recycling von Elektroschrott wurden leicht verschärft. Bis 2016 sollen die Rücknahmequoten für Altgeräte auf 45 Prozent des Durchschnittsgewichts der verkauften Geräte angehoben werden, für 2019 ist ein Rücknahmeziel von 65 Prozent des Durchschnittsgewichts der verkauften Geräte oder 85 Prozent aller anfallenden Altgeräte vorgesehen. Bis zum 14. Februar 2014 haben die EU-Staaten nun Zeit, um die neue Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. [dh]

► Amtsblatt: www.kurzlink.de/2012/19/EU

Seveso-III-Richtlinie

Die neue Richtlinie 2012/18/EU zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, die sogenannte Seveso-III-Richtlinie, ist im August im Amtsblatt der Europäischen Union erschienen. Umweltverbände hatten die Abschwächung des Entwurfs im Laufe der Verhandlungen scharf kritisiert. Zahlreiche Anlagen fallen nicht unter diese Richtlinie, beispielsweise die unterirdische Offshore-Speicherung von Gas, wofür es bisher – im Gegensatz zu ebenfalls ausgenommenen Anlagen wie Atomkraftwerken – keine anderen Regelungen gibt. Die Mitgliedstaaten müssen bis zum 31. Mai 2015 die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Umsetzung erlassen; diese gelten ab spätestens 1. Juni 2015. [jg]

► Amtsblatt: www.kurzlink.de/2012/18/EU

Verordnung regelt Ein- und Ausfuhr von gefährlichen Chemikalien

Die Neufassung der Verordnung über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien (EU Nr. 649/212) ist im August in Kraft getreten. Sie setzt das Rotterdamer Übereinkommen auf EU-Ebene um und schreibt Regeln für die vorherige Information über diese Substanzen (PIC-Verfahren) im internationalen Handel vor. Sowohl die Behörden im Exportland als auch im Zielland müssen über die in der Verordnung aufgelisteten Substanzen informiert werden. Die neue Verordnung gilt ab dem 1. März 2014. [jg]

► Amtsblatt: www.kurzlink.de/nr649/2012

LUST AUF NATUR & Wildnis?



PROBEABO jetzt anfordern!

Zwei Ausgaben für nur
9 Euro (inkl. Versand)
unter: kontakt@oekom.de

LESEPROBEN für alle, die gleich

mehr über Wildnis, Nationalparks und Großschutzgebiete lesen möchten:
www.oekom.de/nationalpark

oekom
verlag

besitzen oder veraltete Abscheider nutzen. Es sei „unwahrscheinlich“, dass sich daran ohne weiteres behördliches Eingreifen etwas ändere. Auch Krematorien müssen noch mehrere Jahrzehnte mit den Quecksilberemissionen aus Zahnfüllungen umgehen. Die Autoren empfehlen eine verbesserte Durchsetzung der EU-Abfallpolitik bei Zahnamalgam sowie ein Verbot der Verwendung von Amalgam in Zahnarztpraxen ab 2018.

Quecksilberhaltige Knopfzellanoden gab es im Jahr 2010 in der EU noch etwa eine Million. Zurzeit seien erst 39 Prozent der gehandelten Knopfzellen quecksilberfrei. Zwar sei die Getrennsammlung quecksilberhaltiger Batterien vorgeschrieben, allerdings werde nur ein kleiner Prozentsatz tatsächlich recycelt. Im Jahr 2009 landeten rund 88 Prozent der Knopfzellen im Hausmüll, das entspricht einer Menge von 2,4 bis 3,9 Tonnen Quecksilber. Deshalb müssten die vorhandenen Alternativen – beispielsweise Lithium, Silberoxid oder Alkaline – als Ersatz für Quecksilber durchgesetzt werden. Ein Verbot von quecksilberhaltigen Knopfzellen hätte wenig negative Folgen für den Markt, dafür aber einen großen Umweltnutzen. [jg]

► Studie: www.kurzlink.de/bios-quecksilber

Stickstoffgrenzwerte

EU-Kommission lässt Ausnahmen zu

■ Die EU-Kommission hat im Sommer Fristverlängerungen für die Einhaltung der Richtlinie über nationale Emissionsobergrenzen (NEC) überprüft und zum Teil positiv, zum Teil negativ beschieden. Eigentlich hätten die beschlossenen Grenzwerte schon 2010 eingehalten werden müssen. Doch weil viele EU-Mitgliedstaaten damit Schwierigkeiten hatten, wurde auf EU-Ebene eine Option zur Fristverlängerung unter bestimmten Bedingungen beschlossen. Belgien hatte für drei Gebiete Fristverlängerung für Stickstoffdioxidemissionen (NO₂) bei der EU-Kommission beantragt:

Brüssel, Antwerpen Hafen und Antwerpen Stadt. Doch Brüssel bekommt keinen Aufschub, für die beiden anderen Zonen haben die Belgier Zeit bis zum 1. Januar 2015.

Österreich hatte für acht Gebiete Verlängerung bei der Einhaltung der NO₂-Werte beantragt, doch nur für Niederösterreich (ab 2013) sowie Kärnten und Linz (ab 2015) die Genehmigung zur Fristverlängerung bekommen. Graz, Salzburg, Wien, Tirol, Oberösterreich und Vorarlberg müssten mehr gegen die Luftverschmutzung durch Stickstoffdioxide tun – hier wurde die Fristverlängerung abgelehnt. Italien hatte für fast fünfzig Zonen Ausnahmeregelungen beantragt, 22 wurden genehmigt. [jg]

► www.kurzlink.de/nec-uebersicht

Luftqualität

Frische Brise in Europas Häfen

■ Dank strenger EU-Richtlinien hat sich die Luftqualität in europäischen Häfen deutlich verbessert, insbesondere die Schwefeldioxidemissionen der Schiffe sind seit 2010 stark gesunken. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU (JRC), die Mitte August vorgestellt wurde. Als Grund für die bessere Luftqualität führen die Forscher des JRC die im Januar 2010 in Kraft getretenen strengeren Grenzwerte für Schwefeldioxid in Schiffstreibstoffen an. In verschiedenen Mittelmeerhäfen hatten die Wissenschaftler vor und nach dem Inkrafttreten der neuen Grenzwerte die Luftqualität gemessen und einen durchschnittlichen Rückgang der Schwefeldioxidemissionen um rund 66 Prozent festgestellt.

Die im Hafen von Tunis erhobenen Vergleichswerte zeigten keine Veränderungen bei den Schwefeldioxidemissionen und auch in den europäischen Häfen sank der Ausstoß anderer Luftschadstoffe nicht. Diese Ergebnisse zeigten deutlich, dass sich die strengen Schwefeldioxidgrenzwerte positiv auf die Luftqualität auswirkten, so die EU-Forschungsstelle. [dh]

► www.kurzlink.de/jrc-08-2012

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Globale Chemikalienpolitik

UNEP fordert mehr Einsatz

■ Vergiftungen durch industrielle und landwirtschaftliche Chemikalien gehören zu den fünf häufigsten Todesursachen weltweit. Jährlich gehen etwa 14 Millionen gesunde Lebensjahre durch von der Chemie verursachte Krankheiten verloren, Jahr für Jahr gibt es über eine Million Tote. Die Gesundheitskosten durch Pestizidverschmutzung übersteigen im Subsahara-Raum Afrikas inzwischen die jährliche Entwicklungshilfe für die medizinische Grundversorgung. Das hat das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) in seinem „Global Chemicals Outlook“ errechnet.

Das UNEP mahnte deshalb dringend ein gemeinsames Vorgehen von Regierungen und Unternehmen gegen die wachsenden Risiken für Mensch und Umwelt durch unsachgemäßes Chemikalienmanagement an. Immer mehr Gemeinden weltweit seien von chemischen Produkten abhängig, von Petrochemie über Düngemittel bis hin zu Elektronikartikeln und Kunststoffen. Das UNEP schätzt, dass bis 2050 der Markt um drei Prozent jährlich wächst.

2002 hatten sich in Johannesburg die Staaten der Welt geeinigt, bis 2020 international ein umwelt- und verantwortungsbewusstes Chemikalienmanagement durchzusetzen. Im Überblicksbericht stellt das UNEP aber fest, dass die bisherigen Fortschritte viel zu langsam waren und die Ergebnisse oft unzureichend: Unter anderem seien von den etwa 140.000 Chemikalien auf dem Markt nur ein Bruchteil gründlich auf die Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit untersucht worden. Industrieunfälle mit Chemikalien häuften sich. Zu den wichtigsten Umweltproblemen zählen laut UNEP Pestizide und Düngemittel in Gewässern sowie Schwermetalle aus der Zement- und Textilproduktion und Dioxine aus dem Bergbau. [jg]

► www.unep.org/hazardoussubstances

Umweltlagebericht

Europa auf zu großen Füßen

■ Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat im Sommer den fünften Umweltlagebericht (Global Environmental Outlook, GEO) veröffentlicht. Europa erhielt sowohl Lob als auch Kritik. So beschreibt der Bericht Europa als einen der Vorreiter in der Bekämpfung des Klimawandels, der Einrichtung geschützter Gebiete und der Verringerung von Luftverschmutzung. Der Umweltfußabdruck der Europäer bleibe dennoch unverhältnismäßig hoch. Große Teile Europas verbrauchten ihre Ressourcen auf nicht nachhaltige Weise. Der Status einer Recyclinggesellschaft sei ebenfalls noch nicht erreicht.

Der GEO-Bericht beurteilt alle fünf Jahre den weltweiten Status der Umwelt und empfiehlt, wie verschiedene Regionen der Welt die Instrumente zum Schutz der Umwelt verbessern und ausweiten können. Ein weltweites Netzwerk aus Wissenschaft und Politik ist eingebunden. [lr]

► www.kurzlink.de/GE05.pdf (engl.)

Staudamm Belo Monte

Tauziehen geht weiter

■ Erst gab es einen Baustopp, dann wieder nicht: Ende August hob der Oberste Gerichtshof in Brasilien den gegen das Belo-Monte-Staudammprojekt verhängten Baustopp wieder auf. Dagegen wiederum legte die Staatsanwaltschaft Anfang September Berufung ein. Solange die vom Bau des Kraftwerks betroffenen Indiogruppen nicht gehört wurden, müsse Minister Carlos Ayres Britto den Bau stoppen.

Umweltverbände und Menschenrechtsgruppen setzen sich vehement gegen das Großprojekt zur Stromgewinnung an einem Amazonas-Seitenarm ein. Rund 40.000 Menschen müssten dafür umgesiedelt werden, riesige landwirtschaftliche und Regenwaldflächen würden überflutet. Geplante Inbetriebnahme ist 2015. [jg]

► www.plattformbelomonte.blogspot.de

Müllverbrennung

Chinesische Organisationen wollen keinen Kredit

■ In einem Brief haben 18 chinesische Umweltorganisationen die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Deutschland gewarnt, sich an dem Bau einer Müllverbrennungsanlage in Peking mit Fördermitteln zu beteiligen. Im Rahmen einer chinesisch-deutschen Finanzkooperation will die KfW mit 55 Millionen Euro mehr als die Hälfte der geplanten Kosten für die Anlage übernehmen. Niedrigere Konstruktionsstandards, fehlende staatliche Kontrolle und eine komplizierte Müllzusammensetzung führten dazu, dass Müllverbrennungsanlagen in China zu „Dreckschleudern“ werden.

„In Deutschland müsste es für ein solches Projekt umfassende Informationen und ein Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit geben. In China wurde die lokale Bevölkerung weder über die Pläne der neuen Müllverbrennungsanlage informiert, geschweige denn in den Prozess involviert“, kritisiert Kathrin Petz von der Umweltorganisation Urgewald. [jg]

► <http://urgewald.org/presse/chinesische-umweltorganisationen-warnen-kfw>

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Treibhausgase

Weltweite CO₂-Emissionen um 3,7 Prozent gestiegen

■ Ende Juli hat die Forschungsabteilung der EU-Kommission ihren alljährlichen Bericht zu den globalen CO₂-Emissionen

veröffentlicht. Demnach betrug der globale Ausstoß im Jahr 2011 34 Milliarden Tonnen – ein trauriger Rekord.

Zu den größten CO₂-Produzenten gehörten 2011 China mit 29 Prozent, gefolgt von den USA mit 16 und der EU mit elf Prozent. Chinas CO₂-Ausstoß stieg um neun Prozent auf 7,2 Tonnen pro Kopf. Somit erreicht das bevölkerungsreichste Land der Erde Pro-Kopf-Emissionen der westlichen Länder, die zwischen sechs und 19 Tonnen liegen.

Andrew Pendleton von Friends of the Earth nannte die Herstellung von Produkten für den westlichen Markt als einen der Hauptgründe für Chinas steigende CO₂-Emissionen. So werde ein Fünftel der chinesischen Emissionen durch Konsum in anderen Ländern, vor allem in Europa, verursacht.

Die EU konnte ihre Emissionen um drei, die USA und Japan um zwei Prozent verringern. Als Ursachen gelten unter anderem der milde Winter und die schwache wirtschaftliche Lage.

Damit die globale Gemeinschaft den Temperaturanstieg bis 2050 unter zwei Grad halten kann, dürfen die Emissionen zwischen 2000 und 2050 die Menge von 1.000 bis 1.500 Milliarden Tonnen nicht übersteigen. Davon wurden schon 420 Milliarden Tonnen emittiert, was bedeutet, dass bis 2050 nicht mehr als 15 bis 28 Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr ausgestoßen werden dürfen. Machen die Staaten so weiter wie bisher, wird diese Grenze weit vor 2050 erreicht sein. [lr]

► Bericht (engl.): www.kurzlink.de/jrcpb0812

Emissionshandel international

Zertifikatekauf bald auch in Australien möglich

■ EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard und der australische Minister für Klimawandel Greg Combet haben Ende August angekündigt, dass Australien und die EU ihre CO₂-Emissionshandelssysteme verbinden werden.

Der Handel in beide Richtungen soll spätestens ab Juli 2018 möglich sein und beinhaltet die gegenseitige Anerkennung von CO₂-Zertifikaten. Dadurch hätten Firmen die Möglichkeit, Zertifikate sowohl vom europäischen als auch vom australischen Emissionshandelssystem zu nutzen.

Australien gehört zu den größten Emittenten von CO₂ und anderen klimaschädlichen Stoffen weltweit, was sich vor allem auf die große Abhängigkeit von Kohlekraftwerken zurückführen lässt. „Die Verbindung von australischem und europäischem System zeigt, dass der CO₂-Handel das wichtigste Instrument im Kampf gegen den Klimawandel ist und die effizienteste Art und Weise darstellt, Emissionen zu reduzieren“, so Combet. [lr]

► Gemeinsame Pressemitteilung (engl.): www.kurzlink.de/etsaus

EU-Emissionshandel I

Fliegender Widerstand

■ Der Handlungsausschuss des US-Senats hat Anfang August einem Gesetzentwurf zugestimmt, der amerikanischen Fluggesellschaften die Teilnahme am EU-Emissionshandelssystem verbieten soll.

Der US-amerikanische Kongress kritisiert in seinem Entwurf den unilateralen Alleingang der Europäischen Union und hält die Souveränität der Vereinigten Staaten für gefährdet. Seit Anfang 2012 müssen Fluggesellschaften in der EU Zertifikate für ihren Ausstoß an Klimagasen vorweisen. 85 Prozent dieser Zertifikate sind derzeit kostenlos, die restlichen 15 Prozent müssen von den Fluggesellschaften gekauft werden. Die EU will mit dieser Maßnahme die Klimagase im Luftverkehr um fünf Prozent senken.

Über den Gesetzentwurf, der bereits im Dezember 2011 vorgestellt wurde, stimmen nun noch der US-Senat sowie das Repräsentantenhaus ab.

Parallel zu der Entscheidung trafen sich die USA mit 16 weiteren Staaten, die ebenfalls gegen eine Einbeziehung ihrer Fluggesellschaften in das EU-Emissionshandels-

system sind. Bisher konnten die Staaten keine alternative Lösung im Rahmen der Verhandlungen der Internationalen Organisation für zivile Luftfahrt (ICAO) finden. Einig waren sie sich nur in dem Punkt, dass sie keine Vorgaben von der EU akzeptieren möchten. [lr]

► Gesetzentwurf: www.govtrack.us/congress/bills/112/s1956/text

EU-Emissionshandel II

EU-Kommission will CO₂-Zertifikate verknappen

■ Ende Juli hat Klimakommissarin Connie Hedegaard in Brüssel mögliche Änderungen der Menge von CO₂-Zertifikaten im europäischen Emissionshandel vorgestellt. Grund ist der Überschuss an Zertifikaten, der zu niedrigen CO₂-Preisen führt und klimafreundliche Investitionen untergräbt. Der Überschuss ist laut Kommission auf den Übergang von der zweiten zur dritten Emissionshandelsphase in 2013 und auf die kritische gesamtwirtschaftliche Lage zurückzuführen.

Deshalb will die Kommission zwischen 400 Millionen und 1,2 Milliarden Zertifikate zeitweise vom Markt nehmen und so den Preis kurzfristig steigern. Doch sieht das sogenannte Backloading-Verfahren vor, die vom Markt genommenen Zertifikate nach drei Jahren, also nach 2015, wieder dem Markt hinzuzuführen. Dies könnte zu einem erneuten, verspäteten Überschuss führen.

Umweltverbände begrüßen Hedegaards Initiative, halten es aber für notwendig, die überschüssigen Zertifikate länger als drei Jahre vom Markt zu nehmen. WWF und Greenpeace schlagen hierfür das Jahr 2026 vor, betonen aber, dass eine Löschung der überschüssigen Zertifikate vorzuziehen sei. Bis Ende des Jahres will die Kommission eine Entscheidung treffen. [lr]

► Fragen und Antworten zum Emissionshandel (engl.): www.kurzlink.de/faqet

KLIMAWANDEL

zeo₂ | Magazin für Umwelt, Politik und Neue Wirtschaft | www.zeozwei.taz.de

taz.
zeo₂
Das Umweltmagazin • Ausgabe 04/2012

**DAS NEUE HEFT
JETZT AM KIOSK!**



HITZSCHLAG
Die Klimapolitik liegt im Koma.
Das 2-Grad-Ziel ist längst eine Illusion.

UMWELTVERBAND
WWF IN DER KRISE
Panda steht unter Beobachtung

DIE SAUDIS AUF
DEM BIO-TRIP
Öko-Scheich im Wüstenstaat

MEIN KOFFERRAUM
AUF ZWEI RÄDERN
Lastenrad mit E-Antrieb

zeo₂ erscheint viermal im Jahr.
Ein Jahresabo kostet 22 Euro, eine einzelne Ausgabe am Kiosk 5,50 Euro.
www.zeozwei.taz.de | zeo2abo@taz.de | T (0 30) 2 59 02-200

taz.zeo₂
das Umweltmagazin

Philosophieren in Schule und Kita

Wem gehört die Natur? Eine philosophische Frage, auf die Kinder mit überraschend tief sinnigen und erfrischend lebendigen Ansichten antworten. Philosophieren über Nachhaltigkeit in der Vor- und Grundschule – wie das geht, zeigt dieses Buch: Praxiserprobte Anleitungen mit Einstiegen, Mindmaps, Vertiefungsfragen, Kreativimpulsen und Aktionsvorschlägen bilden zusammen mit theoretischen Grundwissen das perfekte Handwerkszeug für die pädagogische Praxis.

Eberhard von Kuenheim Stiftung, Akademie Kinder philosophieren (Hrsg.)

Wie wollen wir leben?

Kinder philosophieren über Nachhaltigkeit

144 Seiten, broschiert, komplett in Farbe, 19,95 EUR, ISBN 978-3-86581-229-2



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Energieeffizienz

EU-weites Glühbirnenverbot in Kraft getreten

■ Seit Anfang September ist es in Europa Gesetz: Edisons Glühbirne hat ausgedient – die Erfindung ist nicht mehr effizient genug. Ab sofort sind Herstellung sowie Import von traditionellen Glühbirnen verboten. Allein Restbestände können noch verkauft werden. Das endgültige Verbot bringt einen mehrjährigen EU-Gesetzgebungsprozess zum Abschluss, der nach und nach die traditionellen Glühbirnen aus dem Sortiment genommen hatte.

Traditionelle Glühbirnen gelten als ineffizient, da nur zehn Prozent der Energie in Licht umgesetzt werden. Effizientere Alternativen zu herkömmlichen Glühbirnen sind Kompaktleuchtstoffröhren und LED-Lampen. Durch eine effizientere Beleuchtung können laut EU-Kommission rund 40 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr eingespart werden – dies entspricht dem Jahresverbrauch von Rumänien. Dadurch könne die EU ihre CO₂-Emissionen um 15 Millionen Tonnen pro Jahr senken. [lr]

Ökodesign

Effizienzstandards für Klimaanlagen

■ Eine Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission hat Ende Juli eine Studie zu Energieeffizienzstandards von Klimaanlagen veröffentlicht.

Die ExpertInnen sehen ein großes Einsparpotenzial, raten aber von einer Energiekennzeichnung wie bei anderen Produktgruppen ab, da Klimaanlagen meist von Firmen statt Einzelpersonen gekauft werden.

Einsparungen von bis zu 50 Prozent seien für manche Klimaanlagen möglich. Jedoch könnten die effizienteren Systeme zu erhöhten kühlungsbedingten Emissionen führen. Daher schlägt die Arbeitsgruppe für die Periode von 2015 bis 2019 ein Bonussystem für Klimaanlagen

vor, die Kühlmittel mit einem niedrigen Treibhauspotenzial verwenden. Ab 2019 sollen dann alle Klimaanlage, deren Treibhauspotenzial eine bestimmte Grenze übersteigt, verboten werden.

In einer zweiten Studie befasste sich die Arbeitsgruppe mit Standards für Lüftungssysteme in Gebäuden und kam zu dem Schluss, dass große Mengen an Elektrizität in den kommenden Jahren eingespart werden können. Ein Großteil davon sei allerdings schon von bereits existierenden Standards abgedeckt. [lr]

► Studien der Arbeitsgruppe (engl.):
www.kurzlink.de/ecovac082012

Gebäudeeffizienz

EU-Kommission will mehr Bauten sanieren

■ Anfang August wurde eine vorläufige Version einer Mitteilung veröffentlicht, in der die Kommission größere Fortschritte bei der Gebäudeeffizienz fordert.

Um das EU-Energiesparziel zu erreichen, müssten insbesondere im Gebäudesektor und bei der Sanierung von Gebäuden weitere Anstrengungen erfolgen, mahnte die Kommission. Die aktuelle Sanierungsrate von 1,2 Prozent sei vollkommen unzureichend. Darüber hinaus müssten auch bestehende gesetzliche, finanzielle und ökonomische Hindernisse abgebaut werden.

Bis Ende des Jahres wolle die Kommission existierende finanzielle Instrumente zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden analysieren und Vorschläge für eine bessere und effektivere Finanzierung unterbreiten. Nationale und europäische Mittel sollen in Zukunft besser aufeinander abgestimmt und auch privates Kapital solle besser genutzt werden.

Um die Nachhaltigkeit und die Energieeffizienz im Gebäudesektor weiter voranzubringen, plant die Kommission in der kommenden EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 Investitionen aus dem Kohäsionsfonds in nachhaltige Energie und Gebäu-

desanierung zu verdoppeln. Die kürzlich veröffentlichte Energieeffizienzrichtlinie enthält auch Vorgaben zur Gebäudesanierung. [dh]

- Energieeffizienzrichtlinie:
www.kurzlink.de/europarl_press

Erneuerbare Energien I

Liberaler wollen die Quote

■ FDP-Mitglieder haben Anfang September erneut die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gefordert. Stattdessen schlagen sie die Einführung eines marktwirtschaftlichen Quotenmodells vor. Doch selbst parteieigene Stimmen räumen ein, dass ein solches Modell nicht nur Vorteile brächte: Laut einem internen Papier von FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle würde der weitere Erneuerbareausbau „zunächst einmal komplett zusammenbrechen“. Sogar die Kosten des Ausbaus würde ein Quotensystem nicht unbedingt mindern.

Umweltverbände kritisierten, dass die FDP den Verbrauchern unterschlage, dass erneuerbare Energien den Strompreis auf lange Sicht senken. Bereits jetzt hätten erneuerbare Energien für einen deutlich niedrigeren Strompreis an der Börse gesorgt. Weiter sei der Nutzen durch vermiedene Umweltschäden und positive wirtschaftliche Effekte deutlich höher als die Kosten. Dies bestätigt auch eine aktuelle Studie im Auftrag des Bundesumweltministeriums. [lr]

- BMU-Studie: www.kurzlink.de/eebillig

Erneuerbare Energien II

Solarfirmen klagen

■ Europäische Solarunternehmen haben Ende Juli eine Antidumpingklage gegen chinesische Solarfirmen bei der EU-Kommission eingereicht. In den vergangenen Monaten waren Solarfirmen zunehmend unter Druck geraten, da die chinesische

Altmaier muss Rollback in der Energiepolitik verhindern

Umweltminister Peter Altmaier (CDU) will offener kommunizieren und fällige Entscheidungen treffen. Bei der Energiewende muss er vor allem für Einsparziele und gerechte Kostenverteilung kämpfen, fordert BUND-Vorsitzender Hubert Weiger.

Mit dem Versuch, die Förderung der Fotovoltaik hektisch und überzogen zu kürzen, hat die Bundesregierung viel Vertrauen in die Energiewende zerstört. Nach der auch von Altmaier verhandelten Einigung im Vermittlungsausschuss kann der dezentrale Ausbau der Solarenergie zwar weitergehen. Allerdings hat die Regierung den Ausbau gedeckelt. Was nach Erreichen dieser Ausbaustufe passiert, ist offen. Der BUND lehnt die Deckelung nachdrücklich ab. Solange nicht die Hälfte der nach Süden geneigten Dächer mit Solarzellen bestückt ist, haben wir unser Ausbauziel nicht erreicht.

Deutlich schlechter ist das Ergebnis beim Gesetz zur unterirdischen Lagerung von CO₂ aus Kohlekraftwerken (CCS). Hier hat Altmaier zwar nicht selbst verhandelt. Doch als Minister verantwortet er das neue Gesetz. Statt einzugestehen, dass die CCS-Technologie gescheitert ist, haben sich die Verhandler auf einen faulen Kompromiss geeinigt. Das Gesetz ist schlecht gemacht und blendet die Risiken der Technologie völlig aus. Die betroffenen Bundesländer müssen jetzt zügig vorbeugen und CO₂-Lager verbieten.

Klare Worte hat Minister Altmaier bei der Bedeutung der Energieeffizienz gefunden. Bei den Verhandlungen um die europäische Richtlinie zur Energieeffizienz war die deutsche Position jedoch schwach, und der neue Minister blieb blass. Nimmt er seine eigenen Worte ernst, müsste Peter Altmaier jetzt konkrete Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs vorschlagen. Stattdessen hat er das für die Energiewende zentrale Stromsparziel infrage gestellt. Damit kapituliert er vor der rückwärtsgewandten Politik von Wirtschaftsminister Rösler. Aufgabe des Umweltministers ist es aber, dafür zu kämpfen, dass die Energiesparziele erreicht werden und es keinen Rollback bei der Energiewende gibt.

Wichtig wird seine Rolle auch bei der künftigen Förderung erneuerbarer Energien sein. Der Minister muss sich endlich schützend vor diejenigen stellen, die in Erneuerbare und deren ökologisch vertret-

baren Ausbau investieren. Privatleute und Bürgergenossenschaften müssen den Ausbau weiter voranbringen können. Die Kosten der Energiewende müssen gerechter verteilt werden. Bei einem Thema setzen wir besonders auf einen neuen Stil des Ministers. Fanden die Verhandlungen um ein neues Suchgesetz für Atommülllager bisher hinter verschlossener Tür statt, hat Altmaier angedeutet, hier neue Wege zu gehen. Ob er sich dafür einsetzt, dass vor der Entscheidung erst die Bürger umfassend beteiligt werden? Zurzeit sieht alles eher nach einem parteiübergreifenden Gekungel aus.

Wie die Erfahrungen von Rio+20 zeigen, stößt die deutsche Energiewende auf größtes internationales Interesse. Der Minister hat im Plenum der Konferenz zu Recht die zentrale Bedeutung der Energiewende und die Unumkehrbarkeit des Atomausstiegs betont. Er forderte in Rio ein gemeinsames Handeln der Länder, welche beim Natur- und Umweltschutz vorangehen wollen. Wenn Altmaier auch daheim seine Hausaufgaben macht, lässt das für die Zukunft hoffen.

Der Minister scheint die Umweltverbände auch bei abweichenden Positionen als wichtige Partner anzuerkennen. Wir wünschen uns, dass er Verbänden, die das Gemeinwohl vertreten und frei von wirtschaftlichem Interesse sind, mehr Gewicht beimisst als all den Lobbyisten, welche zwar von Umwelt- und Naturschutz reden, aber nur das eigene kurzfristige ökonomische Interesse verfolgen. Gerade in der Verknüpfung von Energiewende, Klimaschutz und Bewahrung der biologischen Vielfalt liegt eine große Chance – aber auch die Herausforderung, der sich Altmaier stärker als bisher stellen muss. Zu messen wird der neue Umweltminister an seinen Taten und nicht an seinen Worten sein.

Der Forstwirt und langjährige Umwelt- und Naturschutzaktivist Dr. Hubert Weiger ist seit 2007 Bundesvorsitzender des BUND.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 27586-40, E-Mail: hubert.weiger@bund.net, www.bund.net

Konkurrenz staatlich subventioniert wird und sie dadurch ihre Produkte besonders günstig auf dem Markt anbieten. Mehrere Hersteller wie Q-Cells und Sovello waren pleitegegangen. Die Europäische Kommission prüft nun die Klage. [lr, sl]

- Ankündigung der Kommission:
www.kurzlink.de/eu-komm_journal

Alternative Energie

Biomasse in der Kritik

■ Ende Juni haben Wissenschaftler in einer Stellungnahme die von EU und Bundesregierung geförderte Nutzung von Bioenergie kritisiert. In ihrer Empfehlung kommen die Wissenschaftler zu dem Schluss, dass Bioenergie nicht als nachhaltige Energiequelle dienen könne. Bioenergie verbrauche mehr Fläche und verursache mehr Treibhausgasemissionen als andere erneuerbare Energien. Des Weiteren konkurriere der Anbau von Pflanzen für Bioenergie mit der Nahrungsmittelherstellung. Die Stellungnahme steht in starkem Kontrast zu den Plänen von EU-Kommission und Bundesregierung, den Anteil an Biokraftstoffen bis 2020 auf zehn Prozent zu steigern.

Die Forscher schlugen auch alternative Möglichkeiten zur Energiegewinnung vor. Mithilfe von Mikroorganismen könne in Zukunft aus Wasser und Sonnenlicht Wasserstoff gewonnen werden. Bis die dafür notwendigen Technologien zur Verfügung stehen, empfehlen die Wissenschaftler, den Schwerpunkt auf Fotovoltaik, Solarthermie und Windenergie zu legen. Eine Perspektive für die Gewinnung von Energie aus Biomasse sehen die Wissenschaftler nur, wenn diese aus Abfall besteht.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell widersprach den Ergebnissen. Die Gewinnung von Bioenergie könne durchaus eine klimaschützende Wirkung haben, solange ökologische Anbaumethoden angewandt würden, sagte Fell. [lr]

- Studie: www.kurzlink.de/bioenkr082012

Agrarkraftstoffe

EU vollzieht Kehrtwende

■ Die EU will die Nutzung von Biokraftstoffen einschränken. Dies zeigt ein interner Entwurf für eine Richtlinie, die im Herbst vorgelegt werden soll. Auslöser sind wissenschaftliche Studien, laut denen Biokraftstoffe weniger CO₂ einsparen als angenommen. Dazu stehen diese mit der Lebensmittelproduktion in Konkurrenz.

Der neue Gesetzentwurf stellt eine Kehrtwende in der Politik dar. In ein paar Jahren sollen Biokraftstoffe nur noch unter bestimmten Bedingungen subventioniert werden, überdies soll deren Anteil im Jahr 2020 auf fünf Prozent des gesamten Energieverbrauchs begrenzt werden. Dies wird die Einhaltung der Ziele der Erneuerbare-Energien-Richtlinie erschweren, nach der alle Mitgliedstaaten bis 2020 zehn Prozent des Kraftstoffs aus erneuerbaren Energien herzustellen haben. Die neue Regelung wird vermutlich den Verbrauch von Ethanol sowie die Herstellung von alternativen Kraftstoffen aus Abfall und Algen in die Höhe treiben.

Für Umweltverbände markiert die Regelung den lang ersehnten Schritt, die Auswirkungen von indirekten Landnutzungsänderungen durch Biokraftstoffe anzugehen. So steige die Nachfrage nach Agrarland und damit der Druck auf Regenwälder und Grünflächen, wodurch zusätzlich CO₂ emittiert wird. Aus Sicht der Verbände versäume der Entwurf jedoch, die aktuelle Lage zu ändern. Biospritproduzenten fürchten nun um die Zukunft ihrer Industrie, die erst durch die EU-Politik wachsen konnte.

Der Entwurf kann auf Anfrage im DNR-Redaktionsbüro eingesehen werden. [uk]

Ökosteuer

Entlastung der Industrie umstritten

■ Die Bundesregierung plant in einem Gesetzentwurf von August, den Spitzenausgleich bei der Ökosteuer fortzuführen.

In einer zwischen der Bundesregierung, dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ausgehandelten „Effizienzvereinbarung“ sollen für weitere zehn Jahre Unternehmen des produzierenden Gewerbes von der Ökosteuer entlastet werden. Die Regelung würde Steuermindereinnahmen von mehr als 20 Milliarden Euro bis zum Jahr 2022 bedeuten. Bis Ende des Jahres muss die Änderung des Energie- und Stromsteuergesetzes von Bundestag und Bundesrat verabschiedet und dann von der EU-Kommission genehmigt werden. Allerdings sind solche Vergünstigungen nur bei eindeutigen ökologischen Gegenleistungen der Unternehmen in Form von Effizienzsteigerungen zulässig.

Laut Deutscher Umwelthilfe (DUH) sind die Vorgaben jedoch nicht scharf genug und werden zum Teil jetzt schon erreicht. Damit wäre die Vereinbarung europarechtswidrig. Darüber hinaus widerspreche sie dem Energiekonzept der Bundesregierung. Genauso wie bei den Entlastungen großer Teile der Industrie von der Umlage beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) würden die Kosten der Energiewende und des Klimaschutzes zugunsten der Industrie weiterhin auf den Steuerzahler verlagert. Im Falle einer Verabschiedung im Bundestag kündigt die DUH an, Beschwerde bei der Europäischen Kommission einzulegen. [uk]

- BMU: www.kurzlink.de/pressemitteilung_BMU
- DUH: www.kurzlink.de/Kritik_DUH

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Biolebensmittel

Weniger Pestizide und Antibiotika

■ Nach einer Studie der Universität Stanford (USA) sind ökologisch erzeugte Nahrungsmittel kaum gesünder als her-

kömmlich produzierte. Allerdings enthält Bioessen weniger Pestizidrückstände und – besonders bei Hühner- und Schweinefleischprodukten – weniger antibiotikaresistente Keime.

Was als Verbraucheraufklärung gedacht war, kann diese möglicherweise eher verwirren: Forscher der US-amerikanischen Universität Stanford untersuchten Hunderte Studien über die gesundheitlichen Vorteile von Ökonahrung. Das Ergebnis: Vitamine, Mineralien, Fette und Proteine unterscheiden sich kaum von denen in konventionell erzeugten Lebensmitteln.

Die Produkte aus dem ökologischen Landbau schneiden in zwei Punkten besser ab als aus dem konventionellen: Sie sind seltener mit Pestiziden kontaminiert und weisen weniger Bakterien auf, die resistent gegen Antibiotika sind. Dass die ökologische Bewirtschaftung unter anderem auch die Böden und Gewässer langfristig schont, wurde in der Meta-Studie von Stanford allerdings nicht berücksichtigt. Darauf verwies der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf.

[mbu]

- ▶ Zusammenfassung der Stanford-Studie:
www.annals.org/article.aspx?articleid=1355685
- ▶ www.abl-ev.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Wissenschaft und Verbände für andere Direktzahlungen

■ 32 Verbände haben an die Bundesregierung appelliert, die laufende Reform der EU-Agrarpolitik zu nutzen, um Fehlentwicklungen in der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft zu korrigieren. Zwar habe die EU-Kommission in ihren Gesetzentwürfen einige langjährige Forderungen der Verbände im Ansatz aufgegriffen, heißt es in einem Positionspapier des Bündnisses vom September. Aber die konkreten Standards im Kommissionsentwurf gehen dem Bündnis nicht weit genug. Stattdessen fordern die Verbände, darunter der DNR, EuroNatur und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), wirksame ökologische und soziale Kriterien zu entwickeln, nach denen die gut 40 Milliarden Euro Direktzahlungen verteilt werden sollen.

Auch der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik vom Bundeslandwirtschaftsministerium bekräftigte seine Kritik an der EU-Agrarreform. Der Vorsitzende des Gremiums Harald Grethe forderte erneut,

die Direktzahlungen schrittweise abzubauen. Sie seien als Übergangsinstrument eingeführt in einer Phase worden, in der die Preisstützung abgebaut wurde. Diese Funktion hätten sie erfüllt. Gleichzeitig seien Direktzahlungen als Instrument zur zielorientierten Verfolgung von gesellschaftlichen Ansprüchen an die Landwirtschaft nicht geeignet. [mbu]

- ▶ Positionspapier der Verbände:
www.kurzlink.de/verbaende-gap-09.12
- ▶ www.kurzlink.de/wissbeirat-agrar2012

EU-Agrarsubventionen

EU-Kommission fordert Geld zurück

■ 13 EU-Mitgliedstaaten müssen insgesamt 215 Millionen Euro aus dem Agrarhaushalt zurückzahlen, weil sie das Geld regelwidrig verwendet haben. Zu den häufigsten Verstößen gehören unzureichende Kontrollen von Betrieben. Die EU-Länder sind für die Verwaltung der Auszahlungen aus dem Budget der Gemeinsamen Landwirtschaftspolitik zuständig. So prüfen sie die Anträge der Landwirte auf Direktzahlungen und kontrollieren die Verwendung dieser Mittel. Pro Jahr führt die Kom-



Eine wunderbare Geschichte des Lebens

Bäume gehören zu den faszinierendsten Lebewesen; könnten sie sprechen, sie hätten einiges zu berichten. David Suzuki und Wayne Grady erzählen die Lebensgeschichte eines Baumes: etwa wie es dem Samen gelingt, Wurzeln zu schlagen, oder der heranwachsende Baum Wind und Wetter trotz. Eingebunden sind zahlreiche Ausflüge in die Kulturgeschichte der Menschheit. Ein wahrhaft gelungener Blick darauf, wie alles mit allem zusammenhängt, eine wunderbare Hommage an das Leben.

D. Suzuki, W. Grady

Der Baum
Eine Biografie

208 Seiten, Hardcover, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-312-1
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

mission Hunderte Prüfungen durch, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten ihre Kontrollfunktion wahrnehmen. Den höchsten Betrag mit gut 89 Millionen Euro muss Portugal zurückzahlen, gefolgt von Großbritannien und Italien. [mbu]

- Factsheet: www.ec.europa.eu/agriculture/fin/clearance/factsheet_de.pdf

Saatgut

Streit um das europäische Patentrecht

■ Das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut“ hat im September dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes Martin Schulz 70.000 Unterschriften gegen die Vergabe von Patenten auf Pflanzen und Tiere überreicht. Bei der Übergabe forderte die Vertreterin des Bündnisses Ruth Tippe wirkungsvolle Maßnahmen gegen den „Ausverkauf“ der Grundlagen für die Nahrungsmittelproduktion: „Das Europäische Patentrecht steht am Scheideweg. Das Europäische Parlament muss sich dafür einsetzen, dass der Zugang zum Saatgut und zu Züchtungsmaterial frei bleibt.“

In den kommenden Monaten berät das EU-Parlament über das sogenannte Europäische Einheitspatent. Die Organisation „Keine Patente auf Saatgut“ appelliert an die Abgeordneten, vor allem die Interessen der mittelständischen Züchter, Landwirte und Verbraucher zu berücksichtigen. Der Zugang zu Zuchtmaterial und der Verkauf von Saatgut und Nutztieren dürfe nicht durch Patente eingeschränkt werden.

Die EU-Kommission wird in den nächsten Wochen einen Bericht über Patente auf Pflanzen und Tiere vorlegen, der Grundlage für weitere Beratungen im Europäischen Parlament sein wird. Der Deutsche Bundestag und das Europäische Parlament hatten bereits vor einigen Monaten Klarstellungen im Patentrecht gefordert, um so zumindest Patente auf konventionelle Züchtungen zu verhindern. [mbu]

- Petition: www.kurzlink.de/pet-patent-leben9.12

Biopatente

Tierzucht ist keine Erfindung

■ Das Europäische Patentamt hat ein bereits erteiltes Patent auf ein Zuchtverfahren von Tieren zurückgezogen. Zuvor hatten Umwelt- und Entwicklungsverbände Einspruch gegen das Patent erhoben.

2008 ließ ein Kanadier ein Zuchtverfahren für Rinder und Schweine rechtlich schützen. Dabei sollen sich nach einer Gendiagnose die Tiere so fortpflanzen, dass sie besser gemästet werden und damit der Ertrag für den Züchter höher ist.

Eine solche Methode sei keine Erfindung, argumentierten Greenpeace und Misereor in ihrem Einspruch. Laut EU-Recht ist die Patentierung von herkömmlichen Verfahren zur Zucht von Pflanzen und Tieren ohnehin nicht zulässig.

Im Herbst wird in der EU weiter über das europäische Einheitspatent verhandelt, das das EU-Parlament bereits im Juni verabschieden wollte. Die Abstimmung ist aber wegen strittiger Rechtsfragen verschoben worden. Der Gesetzentwurf für eine EU-weite Patentregelung sieht vor, Patente auf Leben stark einzuschränken. [mbu]

- Biopatentrichtlinie der EU: www.kurzlink.de/biopatent-rl-eu
- Greenpeace und Misereor zur Biopatentrichtlinie: www.kurzlink.de/green-mise-biopatent

Gentechnikzulassung

Protest gegen Gensoja „Intacta“

■ Das Europäische Netzwerk kritischer WissenschaftlerInnen (European Network of Scientists for Social and Environmental Responsibility, ENSSER) und Umweltorganisationen haben im August bei der EU-Kommission Beschwerde gegen die Zulassung von gentechnisch veränderter Soja der Firma Monsanto eingeleitet.

Die Sojabohne „Intacta“ soll vor allem in Brasilien angebaut und als Futter- und Lebensmittel nach Europa importiert werden. Sie produziert ein Insektengift und ist

unempfindlich gegenüber dem Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat, bekannt unter dem Markennamen „Roundup“.

Ende Juni hatte die EU-Kommission die Sojabohne für den Einsatz in Futter- und Lebensmitteln genehmigt, ohne dass die Risiken für Umwelt und Verbraucher zuvor ausreichend untersucht worden waren. Dies geht aus einem Dossier der Organisation Testbiotech und einem Rechtsgutachten hervor. Sollte die Beschwerde zurückgewiesen werden, erwägen die Beschwerdeführer eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Denn aus ihrer Sicht verstoßen das vereinfachte Prüfungsverfahren der EU-Lebensmittelbehörde EFSA und die fehlende Kontrolle durch die EU-Kommission gegen geltende EU-Bestimmungen.

Neben ENSSER und Testbiotech unterstützen auch die Gesellschaft für ökologische Forschung, der Verein Sambucus, die Manfred-Hermesen-Stiftung für Natur und Umwelt und die Zukunftsstiftung Landwirtschaft die Aktion. Der BUND hat Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner aufgefordert, sich gegen das Zulassungsverfahren einzusetzen. [mbu]

- Verein Testbiotech: www.testbiotech.org
- Netzwerk kritischer WissenschaftlerInnen: www.ensser.org
- Gesellschaft für ökologische Forschung: www.oekologische-forschung.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Naturschutzförderung

Mehr Geld für LIFE gefordert

■ Interessenvertreter aus Gewerkschaft, Wirtschaft, lokalen und regionalen Behörden, Umwelt- und Naturschutz und Tourismus haben im September die Europäische Union aufgefordert, das Budget für das Umweltförderprogramm LIFE zu erhöhen.

In ihrem offenen Brief lobten die Verfasser die Effizienz und den großen Nut-

„Die Nacht der langen Messer bei der Budgetberatung entfällt. Das Parlament muss zustimmen.“

Ob Schutz der Rotbauchunke an der Ostsee oder Elektroschrottsammlung in Slowenien – solche Projekte werden durch das LIFE-Programm finanziert. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments stimmte im September einer Erhöhung von LIFE auf 0,5 Prozent des EU-Haushalts 2014–2020 zu. Ein realistischer Anteil, findet die Europa-Abgeordnete Jutta Haug (SPD).

umwelt aktuell: Die EU-Kommission schlägt für LIFE einen Anteil von 0,3 Prozent des EU-Budgets vor. Umweltverbände forderten ein Prozent. Frau Haug, Sie haben sich für eine Erhöhung auf 0,5 Prozent eingesetzt. Warum nicht mehr?

Jutta Haug: Das aktuelle Programm LIFE+ verfügt über ein Budget von 2.200 Millionen Euro für den Zeitraum 2007–2013. Die Kommission schlägt eine Erhöhung dieses Budgets auf 3.200 Millionen Euro vor – davon müssen allerdings auch neue Aufgaben finanziert werden! Daher fordere ich eine weitere Budgeterhöhung für LIFE: Die 0,5 Prozent sollen sicherstellen, dass die Finanzierungssumme für LIFE-Umwelt-Projekte beibehalten, aber gleichzeitig Klimaschutz gefördert werden kann. Zudem können die sogenannten integrierten Projekte als neuer Projekttyp eingeführt und Nicht-EU-Länder beteiligt werden. Mein Vorschlag spiegelt auch die Forderung des Europäischen Parlaments nach einer Erhöhung des EU-Budgets für Innovation, Umwelt und Wachstum wider. Gleichzeitig wollen wir, dass zehn Prozent der Finanzierung von Natura-2000-Gebieten über einen Beitrag von LIFE laufen können.

Aus dem neuen LIFE-Programm sollen auch Klimaschutzprojekte unterstützt werden. Hat das die bisherigen Verhandlungen beeinflusst?

Bereits jetzt werden Klimaprojekte unter LIFE+ gefördert. Die Kommission schlägt für LIFE 2014–2020 jedoch vor, ein neues Teilprogramm für Klimapolitik zu schaffen, dem ein Viertel der vorgeschlagenen LIFE-Mittel zugutekommen soll. Dieser Vorschlag wurde von Anfang an positiv aufgenommen. Allerdings gibt es einige Stimmen, die sicherstellen möchten, dass eine mögliche weitere Erhöhung des LIFE-Budgets ausschließlich in Umwelt- und besonders in Naturschutzprojekte fließt, da diese im Wettbewerb um öffentliche Gelder meist zu kurz kommen – auch gegenüber Investitionen im Bereich Klima und Energie. Vor allem müssen wir natürlich dafür sorgen, dass Klimaprojekte keine negativen Auswirkungen auf andere LIFE-Ziele wie die biologische Vielfalt haben. An möglichst vielen Stellen sollten Klima- und andere Umweltziele gleichzeitig verfolgt und Synergien geschaffen werden.

Inwieweit werden die Gelder aus dem LIFE-Programm jedes Jahr ausgeschöpft?

Nicht nur aus Umweltsicht, sondern auch aus Haushaltssicht ist die Leistung von LIFE sehr zufriedenstellend, die Ausführungsrate liegt regelmäßig über dem Durchschnitt. 2010 betrug sie 99,4 Prozent. In diesem Jahr werden elf deutsche Projekte gefördert, damit steht Deutschland an fünfter Stelle bei der Anzahl der Projekte. Ein Problem ist das relativ lange und komplizierte Auswahlverfahren. In meinem Bericht habe ich die Kommission aufgefordert, hier noch weitere Verbesserungen vorzunehmen. So befürworte ich, die nationale Zuteilung von LIFE-Mitteln abzuschaffen.

Der kommende Mehrjahresfinanzrahmen 2014–2020 ist der erste, bei dem das Parlament zustimmen muss. Steht es da nicht unter besonderem Druck, ambitioniertere Ziele durchzusetzen?

Ja, seit dem Lissabon-Vertrag ist das EU-Parlament in die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) von Anfang an eingebunden. Ohne seine Zustimmung wird es keine langfristige Haushaltsplanung mehr geben. Damit kann auch die Nacht der langen Messer entfallen, in der sich die Staats- und Regierungschefs mit zahlreichen Sonderpositionen die gegenseitige Zustimmung erkaufen. Die EP-Resolution zum MFF hat durchaus ambitionierte Ziele. So verlangen wir eine Erhöhung des EU-Haushalts um fünf Prozent im Vergleich zum Budget 2013. Was die einzelnen Fonds angeht, so gibt es natürlich auch im Parlament verschiedene sektorale und partikuläre Interessen – ob zu Ausgaben im Bereich Landwirtschaft, Kohäsionspolitik oder Umwelt. Das bleibt bei 27 Mitgliedstaaten, sieben politischen Fraktionen und 20 ständigen Ausschüssen nicht aus. Jedes einzelne der unterschiedlichen Interessen ist ambitioniert. Nun muss es uns im Parlament gelingen, diese Interessen zu bündeln und die uns zur Verfügung stehenden Mittel effizient und kohärent zu verteilen. Genau das versuche ich mit meiner Forderung für LIFE – realistisch angesichts der Gesamtmittel zu bleiben und mich gleichzeitig für die Kooperation über integrierte Projekte und das konsequente Mainstreaming von Umwelt und Klima in anderen Fonds einzusetzen.

Wie wird sichergestellt, dass die Fördermittel unter den Mitgliedstaaten gerecht verteilt werden?

Das kommt darauf an, was Sie im Rahmen eines Umweltfonds unter „gerecht“ verstehen. LIFE ist kein Instrument der Kohäsionspolitik – es geht hier nicht darum, dass jedes Mitgliedsland seinen Anteil erhält, um beweisen zu können, wie erfolgreich in Brüssel verhandelt wurde. Es geht darum, dass im Sinne der europäischen Solidarität Umweltprojekte dort Finanzierungshilfe erhalten, wo es am dringendsten notwendig ist. Das kann ein Projekt zur Bestandssicherung der Rotbauchunke im Ostseeraum oder zur Sammlung von Elektroschrott in Slowenien sein. Ich bin davon überzeugt, dass die Projekte finanziert werden sollten, die qualitativ am besten sind und zur Erreichung EU-weiter Umweltziele beitragen. Ist es gerecht, wenn ein sehr gutes Projekt keine finanzielle Unterstützung erhält, weil ein weniger gutes Projekt zufällig in einem Land liegt, dessen nationale Quote noch nicht vollständig ausgefüllt wurde? Trotzdem müssen wir sicherstellen, dass das LIFE-Programm für alle Länder zugänglich ist: Mitgliedstaaten müssen unterstützt werden, eine höhere Projektqualität zu erreichen. Das kann über eine Stärkung der nationalen LIFE-Kontaktstellen, Workshops und Trainings geschehen. Zudem scheint mir unabdingbar, den Austausch über die Projekte untereinander zu verstärken und gute Resultate gezielt weiterzuverbreiten. Das halte ich für gerecht im Sinne der Menschen und Organisationen, die sich in allen europäischen Ländern für Klima- und Umweltschutz einsetzen.

[Interview: Lavinia Roveran]

Die Europa-Abgeordnete Jutta Haug (SPD) ist Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für die LIFE-Finanzierung und Mitglied des Umweltausschusses.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2/2845595,
E-Mail: jutta.haug@europarl.europa.eu, www.jutta-haug.de



zen des LIFE-Programms und betonten die Notwendigkeit, diesen Nutzen noch weiter auszubauen. Das LIFE-Programm ist das einzige Förderprogramm der EU, das sich gänzlich Umwelt- und Naturschutzprojekten widmet. Der genaue finanzielle Umfang des LIFE-Programms wird jeweils im Mehrjahresfinanzrahmen der EU festgelegt. Zurzeit debattieren die EU-Institutionen über die Ausgestaltung der Finanzperiode 2014–2020.

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, dass der Anteil des LIFE-Programms 0,3 Prozent des gesamten EU-Budgets betragen soll. Derzeit liegt der Anteil für das Programm LIFE+ bei 0,23 Prozent. Ab 2014 werden jedoch auch Klimaschutzprojekte aus dem Programm finanziert. Daher fordern Umwelt- und Naturschutzverbände, gemeinsam mit den anderen Unterzeichnern des offenen Briefs, den Anteil für das LIFE-Programm auf mindestens ein Prozent zu steigern.

Am 19. September hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments über die LIFE-Finanzierung abgestimmt und sich auf einen Anteil von 0,5 Prozent am Gesamtbudget geeinigt. Nun folgen die Trilogverhandlungen zwischen Kommission, Parlament und Rat. Eine endgültige Entscheidung steht Ende des Jahres an. [lr]

- Offener Brief: www.kurzlink.de/petition-life-09.12

Zugvögel

Rastplatz unter Naturschutz

■ Das montenegrinische Parlament hat Ende Juli beschlossen, die Saline Ulcinj zum Vorranggebiet für die Natur zu erklären. Seit Juni steht sie fast komplett unter Naturschutz. Das Areal gehört mit 1.500 Hektar zu den größten Salinen im Mittelmeerraum und ist das wichtigste Rast-, Brut- und Überwinterungsgebiet für Zugvögel an der östlichen Adriaküste.

Die Naturschutzstiftung EuroNatur bezeichnete die Entscheidung als „wichtigen Etappensieg auf dem Weg, die Saline als

wichtigsten Zugvogelrastplatz an der östlichen Adria zu erhalten“. Man müsse aber weiter wachsam bleiben, denn die Zukunft des Feuchtgebietes sei noch nicht abschließend gesichert, sagte der Geschäftsführer der Stiftung Gabriel Schwaderer.

Denn ausgenommen vom Schutzschirm des Vorranggebietes für die Natur sind die Kristallisationsbecken und die Gebäude der Saline. Trotz des hohen ökologischen Werts dürfte hier das Gelände wirtschaftlich entwickelt werden. Anfang des Jahres gab es Pläne, den Vogelrastplatz als Bauland für ein Tourismusprojekt zu verkaufen. Nach internationalen Protesten unter Federführung des montenegrinischen Zentrums für Vogelschutz und -forschung CZIP sowie EuroNatur wurde dieses Vorhaben gestoppt. [mbu]

- www.euronatur.org/Saline-Ulcinj.1161.0.html

Artenschutzverordnung

Neuregelung für Handel mit Tieren und Pflanzen geplant

■ Die EU-Kommission hat im Juli einen Vorschlag für eine Neufassung der EU-Artenschutzverordnung vorgelegt. Diese war nach Ansicht der Kommission notwendig, da die Verordnung bereits mehrfach überarbeitet wurde und nicht mehr klar verständlich gewesen sei. Außerdem musste die Verordnung an den Lissabon-Vertrag und die neuen Arbeitsweisen der EU angepasst werden. Die Artenschutzverordnung trat 1987 in Kraft und wurde letztmalig 1996 überarbeitet.

Sie regelt die Ein- und Ausfuhr gefährdeter Tier- und Pflanzenarten. Der Handel soll so weit kontrolliert werden, dass das Überleben von heimischen wild lebenden Tieren und Pflanzen nicht gefährdet ist. Damit werden das Washingtoner Artenschutz-Übereinkommen sowie mehrere europäische Schutzbestimmungen umgesetzt. [UWD]

- Vorschlag für die Neufassung der Artenschutzverordnung: www.kurzlink.de/artenschutz-vo-07.12

Rote Liste

Landwirtschaft schadet Arten

■ Im September hat das Bundesamt für Naturschutz (BfN) die jüngste Rote Liste veröffentlicht. Die Liste dokumentiert die Entwicklung wirbelloser Tiere wie Wildbienen, Schmetterlinge, Heuschrecken und Ameisen. Laut BfN ist fast die Hälfte der untersuchten Arten bestandsgefährdet, extrem selten, verschollen oder bereits ausgestorben. So weisen 92 Prozent der Ameisenarten eine negative Entwicklung auf. Von den Wildbienenarten stehen inzwischen mehr als die Hälfte auf der Roten Liste. Gründe für den Rückgang der untersuchten Arten sieht das BfN vor allem in der Bedrohung der natürlichen Lebensräume der Tiere durch die Intensivierung industrieller Landwirtschaft.

Umweltverbände kritisieren, dass umweltschädliche Subventionen im Rahmen der EU-Agrarpolitik diese Trends verschärfen. Die Naturfreunde Deutschlands fordern deshalb die Bundesregierung auf, den Widerstand gegen die Reform der EU-Agrarpolitik aufzugeben. „Wer jetzt nicht endlich umsteuert, versündigt sich nicht nur an der Selbststeuerung der Natur, sondern wird auch die wirtschaftlichen Folgen zu tragen haben, wenn immer mehr Bienen- und damit Bestäuberarten aussterben“, sagte Eckart Kuhlwein, umweltpolitischer Sprecher des Verbandes. [ej]

- Rote Liste: www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/presse/Hintergrund_RoteListe_Band3.pdf
- Stellungnahme Naturfreunde: www.kurzlink.de/naturfreunde-rl-2012

Biodiversität

Waldinvestments auf dem Prüfstand

■ Waldinvestments werden immer beliebter. Sie sind krisensicher, da Bäume ungeachtet der Finanz- und Wirtschaftskrise wachsen. Außerdem steigt die globale Holznachfrage stetig, was hohe Gewinne verspricht. Gleichzeitig sind die Finanzmit-

tel zum Schutz der Biodiversität chronisch knapp. Waldfonds könnten dem Abhilfe schaffen. Allerdings muss überprüft werden, ob die durch den Fonds geförderten Projekte tatsächlich die Biodiversität schützen und darüber hinaus die lokale Bevölkerung miteinbeziehen. Dann wären Waldinvestments eine mögliche Finanzierungsquelle zum Schutz der Biodiversität.

Seit Juli 2012 haben sich die Tropenwaldstiftung Oro Verde und der Global Nature Funds dies gemeinsam zur Aufgabe gemacht. Projekte werden auf ihre soziale und ökologische Nachhaltigkeit hin überprüft; zusätzliche Informationen liefern Fallstudien in Wäldern der Tropen und der nördlichen Hemisphäre. Aus den Ergebnissen wird eine Leitlinie entwickelt, die Handlungsempfehlungen für Anleger, Anbieter und die Politik geben soll. Das Projekt läuft zwei Jahre und wird durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert. [uk]

► www.kurzlink.de/oroverde_waldinvest

Naturschutz

Springt die Wildkatze bald wieder bundesweit?

■ Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) will sich mit dem Projekt „Wildkatzensprung“ noch intensiver für die Wiedervernetzung von Wäldern engagieren. Ziel dieses Naturschutzvorhabens ist es, in den kommenden drei Jahren in insgesamt sechs Bundesländern Waldkorridore zu schaffen. Langfristig sollen die Wälder auf einer Länge von 20.000 Kilometern wiedervernetzt sein.

Unterschiedliche Tierarten können durch den Schutz der Waldkorridore wichtige neue Lebensräume erschließen. Neben den entstehenden Korridoren wird mit diesem Projekt zusätzlich eine Gendatenbank für die Wildkatze aufgebaut: Mithilfe gewonnener Haarproben werden weitere Informationen über die Teilbestände, die

Verbreitung und das Wanderverhalten einzelner Populationen gesammelt.

Das Projekt wird unter anderem vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) gefördert und hat im September den Titel „Ausgezeichnetes UN-Dekade Projekt der Biologischen Vielfalt“ erhalten. [hk]

► BUND, Wildkatzenexpertin Dr. Friederike Scholz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-483, www.bund.net/wildkatzensprung

TIERSCHUTZ & ETHIK

Käfighaltung

Deutschland bürgt für Mega-Hühnerfabriken in Ukraine

■ Obwohl die Haltung von Hühnern in Legebatterien in der EU verboten ist, hat die Berliner Regierung deutschen Unternehmen Exportkreditgarantien für den Bau von zwei riesigen Käfigeierfabriken in der Ukraine vergeben. Medienberichten zufolge sollen dort eine Anlage für drei Millionen Hühner und eine weitere für fünf Millionen entstehen. Zum Vergleich: In Deutschland sind höchstens 50.000 Tiere in einer Hühnerfabrik eingepfercht.

Nach Angaben des Deutschen Tierschutzbundes soll eine der beiden geplanten Anlagen zehn Gebäude mit je 500.000 Tieren umfassen. In jedem Gebäude soll es 42 Reihen mit Legebatterien geben; in jeder Reihe würden dann knapp 12.000 Tiere gezwängt.

Der Tierschutzbund kritisiert die „Doppelzüngigkeit“ der Politiker und fordert die zuständigen Bundesministerien auf, die Vergabe von Bürgschaften für die Legehennenfabriken zu stoppen. Zudem müsste eine Kennzeichnungspflicht für verarbeitete Eier, zum Beispiel in Teigwaren, eingeführt werden. Nur so könnten Verbraucher erkennen, ob sie Produkte aus tierquälerischer Haltung kauften. [mbu]

► www.tierschutzbund.de/4971.html

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Umweltaktionsprogramm

EU-Umweltpolitik nun planlos

■ Am 21. Juli ist mit dem 6. EU-Umweltaktionsprogramm (UAP) die Zehnjahresplanung der EU im Umweltbereich ausgelaufen. Erst Ende des Jahres wird die Kommission ihren Vorschlag für ein Folgeprogramm veröffentlichen. Eine Einigung in Ministerrat und EU-Parlament ist damit wohl nicht vor Ende 2013 zu erwarten. Zwangsläufig entsteht nun eine Lücke zwischen dem 6. und dem 7. UAP.

Da die Kommission so lange gezögert hat, ein 7. UAP überhaupt zu schreiben, hat sie nun bereits eine Reihe inhaltlicher Vorschläge und Forderungen auf dem Tisch liegen. So hat das EU-Parlament bereits im April einen Initiativbericht zum 7. UAP verabschiedet und der Ministerrat im Juni mit Schlussfolgerungen nachgezogen. Auch Verbände und Wissenschaft haben Stellungnahmen in den kommissionsinternen Prozess eingebracht. Sie fordern ein 7. UAP, das die EU-Umweltpolitik am Konzept der ökologischen Grenzen ausrichtet und langfristige Ziele für 2050 für zentrale Umweltbereiche formuliert. Auf Basis dieser Ziele müssten dann auch Zwischenziele für 2020 und 2030 entwickelt werden. [am]

► Zusammenfassung der EU-Koordination: www.kurzlink.de/positionen-7-uap

Kohäsionspolitik

Verhandlungen gehen weiter

■ Im Juli hat der Regionalausschuss im EU-Parlament Stellung zur Reform der Kohäsionspolitik bezogen. Dabei schlossen die Abgeordneten Infrastrukturprojekte für Öl und Gas von den Fördermöglichkeiten entgegen den Empfehlungen des Berichterstatters aus. Förderfähig sollen nur Projekte für Stromnetze sein. Außerdem unterstützten die ParlamentarierInnen zwar grundsätzlich die von der EU-Kommission

DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!



VERGÜNSTIGTES PROBEABO

Zwei Ausgaben für nur 11,30 Euro
statt 22,60 (inkl. Versand in Dtl.)

Die Zeitschrift *Ökologisches Wirtschaften* schließt die Lücke zwischen Theorie und Praxis einer nachhaltigen Gestaltung der Wirtschaft.

**JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!**

Bestellung an: abo@oekom.de

Leseproben, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen:
www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

anvisierte Synchronisierung der Ausgabenpolitik mit den Zielen der EU-2020-Strategie, forderten aber mehr Flexibilität bei der Zielsetzung der einzelnen Programme. Die neuen partnerschaftlichen Vereinbarungen zwischen Kommission und jedem Mitgliedstaat fanden ebenfalls die Unterstützung der Abgeordneten. Die regionale und lokale Ebene sollte aber frühzeitig bei deren Ausformulierung einbezogen werden. Die Umweltstiftung WWF begrüßte die Entscheidungen des Regionalausschusses und forderte den Ministerrat auf, nun seine weniger fortschrittliche Haltung zu revidieren.

Das Votum des Regionalausschusses ist die Basis für die sogenannten Trilog-Verhandlungen ab Oktober zwischen den EU-Institutionen. Diese sollen möglichst noch vor der ersten Plenarverhandlung des Parlaments zum Kohäsionspolitikpaket abgeschlossen sein. [am]

► Pressemitteilung EU-Parlament:
www.kurzlink.de/EP-kohaesion2012-07

Datentransparenz

Projektinformationen für alle

■ Ab 2014 sollen Artikel und Daten, die im Zusammenhang mit EU-geförderten Projekten entstanden sind, öffentlich zugänglich gemacht werden. Das will die EU-Kommission als Grundsatz im Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont 2020“ verankern. Ziel der Mitte Juli veröffentlichten Mitteilung der Kommission ist, dass Forscher und Unternehmen leichter einen umfassenderen Zugang zu wissenschaftlichen Artikeln und Daten bekommen können.

Die Mitgliedstaaten sollen bei national geförderten Forschungsprojekten ähnlich vorgehen, empfiehlt die EU-Kommission. So sollen bis 2016 60 Prozent der Ergebnisse der in Europa öffentlich geförderten Forschung frei zugänglich sein.

Es bleibt abzuwarten, ob und welche Forschungsergebnisse in umweltsensiblen Bereichen zugänglich sein werden, beispielsweise in der Genforschung, bei

Nanotechnologierisiken oder Chemikaliensicherheit. Denn „wenn Forschungsdaten verfügbar gemacht werden, müssen europäische und nationale Datenschutzvorschriften sowie Vorbehalte in Bezug auf Geschäftsgeheimnisse oder die nationale Sicherheit berücksichtigt werden“, heißt es in der Mitteilung. [jg]

► www.kurzlink.de/KOM-2012-401-Daten

Regionalentwicklung

Intelligente Städte

■ Die Europäische Kommission hat im Juli die Ausweitung ihrer Initiative „Intelligente Städte und Gemeinden“ (SCC) vorgestellt. Das 2011 gestartete Programm soll neben dem Energie- und Verkehrsbereich ab 2013 auch Innovations- und Kommunikationstechnologien abdecken.

Durch die Kombination der drei Sektoren will die Kommission Forschungsressourcen bündeln, um Europas Städte und Gemeinden zu nachhaltigen Lebensräumen zu machen. Das Geld soll von der EU und aus nationalen und regionalen Förderpöpfen kommen.

Mit der Initiative SCC will die Kommission nicht nur Anreize zum Umdenken schaffen, sondern auch den Ausstoß der Treibhausgase minimieren und den Anteil von erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz steigern. [cs]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/760)
► Smart Cities und Innovationspartnerschaften:
www.kurzlink.de/C-2012-4701-SCC (PDF, engl.)

Subsidiarität

Wie gut ist die EU?

■ Die EU-Kommission hat im Juli ihren 19. Bericht über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit veröffentlicht. Der Bericht über „Bessere Rechtsetzung“ enthält eine Auswertung der aus den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten ein-

gegangenen Stellungnahmen zu neuen EU-Gesetzen aus dem letzten Jahr.

Noch bevor ein Kommissionsvorschlag in EU-Ministerrat und -Parlament wirklich verhandelt wird, können nationale Parlamente seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages prüfen, ob Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit gewahrt worden sind. Diese beiden Grundsätze der EU entscheiden, ob eine Maßnahme überhaupt auf EU-Ebene vorzuschlagen ist (Subsidiarität) und wenn ja, wie diese ausgestaltet wird (Verhältnismäßigkeit). Wenn eine bestimmte Menge an Einwendungen aus den EU-Mitgliedstaaten vorliegt, kann der Gerichtshof eingeschaltet werden, um die Rechtmäßigkeit eines von der EU-Kommission vorgeschlagenen Rechtsaktes zu überprüfen. Das ist allerdings bisher noch nicht vorgekommen. Mindestens 18 von 27 Stimmen aus den EU-Mitgliedstaaten müssen vorliegen, um das sogenannte Verfahren der „gelben Karte“ anzuwenden.

Laut Bericht gingen 2011 bei der Kommission 64 begründete Stellungnahmen von nationalen Parlamenten ein. Das entspricht einer Zunahme um fast 75 Prozent im Vergleich zu 2010, als der Subsidiaritätskontrollmechanismus zum ersten Mal Anwendung fand. [jg]

► www.kurzlink.de/KOM-2012-373-bericht

Lobbying

Porsche schreibt EU-Gesetz zu Autolärm

■ Ein Mitarbeiter der deutschen Autofirma Porsche hat offenbar die Kompromissänderungsanträge des im Parlament verhandelten Berichts zu Autolärm geschrieben. Der Umweltverband Transport & Environment (T&E) hat dies herausgefunden, weil der Name des Autors im Berichtsentwurf markiert war.

Der Kompromissvorschlag des tschechischen Europaabgeordneten Miroslav Ouzky zu Fahrzeuginnenraumgeräusch sei durch einen Angestellten der Sportautofirma Porsche, Hans-Martin Gerhard, geschrieben wor-

den. Ouzky hätte diesen als seinen Bericht ausgegeben, lauten die Vorwürfe von T&E. Ein Kompromissvorschlag sollte die Änderungsvorschläge der unterschiedlichen Gruppierungen abwägen und bündeln. Dieser sogenannte „Kompromissvorschlag“ zeigt im Vergleich zum Kommissionsvorschlag schwächere und spätere Vorgaben für den Lärmschutz – insbesondere bei Sportfahrzeugen.

Ouzky dementierte vehement, Wirtschaftskontakte zu Porsche zu haben. Er gibt keine Verbindungen zu Porsche in seiner Erklärung 2012 zu den finanziellen Interessen an, in der jeder Abgeordnete seine Nebeneinkünfte und Verbindungen offenlegen muss.

Die Änderungen im Berichtsentwurf würden zu einer Schwächung der bestehenden 15 Jahre alten Lärmobergrenzen führen, bemängelt T&E. Fahrzeuginnenraumgeräusch ist das größte Umweltproblem in Europa nach Luftverschmutzung, das Einfluss auf das Leben von mehr als 200 Millionen Europäern hat und für zahlreiche Krankheiten mitverantwortlich ist. Derzeit werden die Anschuldigungen geprüft, die Entscheidung über den Bericht im Umweltausschuss wurde vertragen. [bv]

► www.kurzlink.de/t-e-porsche-pm

Energiewende

Altmaiers Zehnpunkteplan

■ Mitte August hat Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) in Berlin ein Zehnpunkteprogramm mit seinen umweltpolitischen Zielen für die kommenden Monate vorgestellt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Energiewende, doch auch Klima- und Naturschutz, Atommüll und eine Perspektive für das Jahr 2030 stehen auf seiner Agenda.

Die Energiewende sieht Altmaier als Kernaufgabe moderner Umwelt- und Wirtschaftspolitik und als wichtigstes Thema gleich nach der Schuldenkrise an. Der Minister räumte ein, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Sonderumlagen zum Teil ungerecht verteile. Daher

werde er im Herbst einen Verfahrensvorschlag zur Änderung des EEG vorlegen. Erneuerbare Energien in Deutschland, so Altmaier, sollten mittelfristig in der Lage sein, ohne die Einspeisevergütung des EEG zu überleben.

Beim Klimaschutz sollen sowohl Deutschland als auch die Europäische Union ihre Führungsrolle weiter ausbauen. Altmaier sprach sich dafür aus, das europäische Emissionsreduktionsziel für das Jahr 2020 von 20 auf 30 Prozent zu erhöhen. Die EU hatte diese Erhöhung von einem rechtlich bindenden internationalen Abkommen zur Senkung der CO₂-Emissionen abhängig gemacht.

Altmaiers zehn Punkte deckten viele wichtige Bereiche ab und seien voll von ambitionierten Zielen, jedoch fehle es an konkreten politischen Entscheidungen, kritisierte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Die Europäische Vereinigung für erneuerbare Energien Eurosolar sieht in dem Programm einen Angriff auf die Windkraft an Land. Der von Altmaier begrüßte Offshore-Ausbau sei teuer und nicht erforderlich. Daher will der Verein in Kürze ein Konzept zur Neugestaltung des EEG hin zu einer dezentralen Energiewende vorstellen. [lr]

► www.kurzlink.de/10-punkte

► www.nabu.de

► www.eurosolar.de

Umweltrechtsbehelfsgesetz

Ablehnung im Bundesrat

■ Der Umweltausschuss des Bundesrates hat im September mehrheitlich die von der Bundesregierung vorgelegte Novelle des Umweltrechtsbehelfsgesetzes abgelehnt. Die Umweltminister der Länder begründen dies mit der Beschränkung der Klagemöglichkeiten. „Es ist schon mehr als erstaunlich, dass Bundesumweltminister Peter Altmaier in seinem im August vorgestellten Zehnpunkteprogramm die Themen Bürgerbeteiligung, Transparenz und Akzeptanz noch als Schwerpunkte seiner Arbeit angekündigt hat, bei der

ersten Gelegenheit aber die Rechtsschutzmöglichkeiten von Umweltverbänden und privaten Klägern im Umweltbereich deutlich einschränken möchte“, sagte Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller. Die Bundesregierung begründe die vorgesehene Beschränkung der Klagerechte damit, dass diese zur Verfahrensverzögerung instrumentalisiert werden könnten. Besonders kritisch sieht Untersteller das Vorhaben, auch das Klagerecht Einzelner einzuschränken.

Der Anlass der Umweltrechtsbehelfsgesetznovelle ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes im „Trianel-Verfahren“ vom Mai 2011, in dem das Klagerecht von Umweltverbänden in Deutschland nicht weitgehend genug bezeichnet wurde. Das 2006 verabschiedete Umweltrechtsbehelfsgesetz soll die Verbandsklage in Umweltangelegenheiten regeln und eine Säule der Aarhus-Konvention umsetzen.

Auch der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) lehnt die von der Bundesregierung vorgelegte Novelle kategorisch ab. „Altmaier erweckt den Eindruck, als hätten Umweltverbände schon heute weitgehende Klagerechte“, sagte der stellvertretende LNV-Vorsitzende Gerhard Bronner. Tatsächlich aber bestünden extreme Hürden. Nur bei wenigen Projekten greife das Klagerecht. „Nahezu die gesamte Bauleitplanung, die für den größten Teil der Eingriffe in den Naturhaushalt verantwortlich ist, ist der Klagemöglichkeit entzogen“, sagte der Umweltperte. [bv]

- www.um.baden-wuerttemberg.de (Suche 97648)
- LNV, Vorsitzender Dr. Gerhard Bronner, Tel. +49 (0)771 / 9291-505, E-Mail: gerhard.bronner@lnv-bw.de, www.lnv-bw.de

Zugang zu Gerichten

Kommission will weniger Rechte für Bürger

■ Die EU-Kommission hat Berufung gegen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Rechtszugang eingelegt. Umweltverbände reagierten empört.

Der EuGH hatte im Juni entschieden, dass die EU die Aarhus-Konvention nicht richtig umgesetzt habe. Das 1998 unterzeichnete internationale Abkommen schreibt jeder Person Rechte im Umweltschutz zu. Die RichterInnen waren der Auffassung, die europäischen Regeln, die diese Rechte umsetzen und näher ausgestalten, seien zu eng gefasst und in Teilen nicht mit der Aarhus-Konvention vereinbar.

Dagegen will die Kommission nun in Berufung gehen. Jeremy Wates, Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros (EEB), nannte es heuchlerisch, dass die Kommission einerseits das Jahr 2013 zum Jahr des Europäischen Bürgers ausruft und andererseits gegen Gerichtsurteile vorgeht, die die Rechte eben dieser BürgerInnen stärken sollen. Die angemessene Reaktion auf die Urteile wäre die Stärkung des kritisierten Rechtsakts gewesen, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme von EEB und ClientEarth. Das Urteil des EuGH war im Juni von Umweltverbänden als große Errungenschaft gefeiert worden, da es für sie eine klare Stärkung bedeutete.

Die Kommission will zudem gegen ein Urteil zum besseren Zugang zu Informationen bei den EU-Institutionen vorgehen.

[am, dh]

- EEB: www.kurzlink.de/pmeeb-antidemocratic

VERKEHR & TOURISMUS

Straßennutzungsgebühr EU

Mautsystem verzögert sich

■ Das europaweite Straßenmautsystem (EETS) kommt später als geplant. Ursprünglich wollten die EU-Staaten das EETS zum 8. Oktober einführen. Anfang September teilte die EU-Kommission mit, dieser Termin sei nicht mehr zu halten.

Bei dem neuen System sollen Mautzahlungen in der ganzen EU mit jeweils nur einem Gerät und einem Dienstleistungsvertrag durchgeführt werden. Dadurch soll das EETS billiger und umweltfreundlicher

als das bisherige System sein, da der Verkehrsfluss beschleunigt und Staus vermieden würden. Als Gründe für die Verzögerung nennt die Kommission vor allem die schleppende Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten und unvollständige nationale Vorschriften. Die Mitgliedstaaten haben nun noch einen Monat Zeit, um nationale Rechtsrahmen zu schaffen, ansonsten kann die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren einleiten. [ej]

- www.kurzlink.de/komm-eu-maut09.12

Transeuropäische Netze

Ertug will Folgenabschätzung

■ Der Berichterstatter des EU-Parlamentes für die transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V), Ismail Ertug, hat Mitte September in Berlin seine Vorstellungen über die Zukunft der TEN-V bis 2050 erläutert.

Der deutsche Sozialdemokrat fordert, die neuen Gesetzesvorschläge in Form einer Verordnung zu fassen und nicht in einer Richtlinie. Außerdem soll es konkrete Zeitpläne und eine Klimafolgenabschätzung geben. Im Gegensatz zum Vorschlag der EU-Kommission von 2011 setzt sich Ertug für eine stärkere Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit in der Binnenschifffahrt ein. Er fordert die Kommission auf, ein Konzept für Meeresautobahnen zu erarbeiten. In seinem Bericht spricht er sich auch dafür aus, die Bahnstrecken so auszubauen, dass Güterzüge bis zu einer Länge von 1.500 Metern darauf fahren können. Das entspricht einer Verdopplung im Vergleich zum Kommissionsvorschlag. Außerdem will er regionale und lokale Entscheidungsträger und Bürger stärker in die Planung einbeziehen. TEN-V-Projekte müssten einen klar definierten Mehrwert für Europa haben. Eine feste Länderzuordnung stehe dem entgegen. Auch sollte aus seiner Sicht Lärmvermeidung bei den Projekten mehr Gewicht bekommen.

Am 6. September hat Ertug seinen Bericht erstmals im Europäischen Parlament vorgestellt. Die Aussprache über die Änderungsvorschläge soll am 5. November

stattfinden. Am 27. November will der Verkehrsausschuss, im Januar 2013 das Plenum in erster Lesung über die Gesetzgebung abstimmen. [bv]

► www.ertug.eu

Straßennutzungsgebühr national

Lkw-Maut jetzt auch auf Bundesstraßen fällig

■ Seit September müssen Lkws auch eine Gebühr zahlen, wenn sie über deutsche Bundesstraßen rollen. Diese Regelung gilt für Lastkraftwagen über zwölf Tonnen und für Bundesstraßen, die mindestens vier-spurig sind und an eine Autobahn angeschlossen sind, berichtet die Internetplattform „Klimaretter“. Insgesamt sind damit in Deutschland Bundesstraßen in einer Gesamtlänge von 1.135 Kilometern betroffen. Im Schnitt fällt eine Gebühr von 17 Cent pro Kilometer an. In Deutschland wurde vor sieben Jahren eine Lkw-Mautgebühr für Autobahnen eingeführt. [mbu]

► www.klimaretter.info

Konsultation Straßennutzung

Pro und kontra Gebühr

■ Die EU-Kommission erwägt, für die Benutzung der Straßen in der EU ein einheitliches Gebührensystem zu schaffen. Dazu veröffentlichte sie im Frühjahr Leitlinien, mit denen verhindert werden soll, dass Autofahrer aus anderen EU-Ländern höhere Straßennutzungsgebühren zahlen müssen als Einheimische. Im August begann eine Konsultation darüber, ob die Fahrer von Pkws und leichten Nutzfahrzeugen für die sogenannten externen Kosten zur Kasse gebeten werden sollen und wie eine mögliche Maut gerecht gestaltet werden kann. Bis zum 4. November können sich Interessierte daran beteiligen. [mbu]

► Konsultation: www.kurzlink.de/kons-gebuehren

Güterverkehr

Geltendes Recht auch für Riesen-Lkws

■ Die EU-Kommission darf die Richtlinie 96/53/EG zu Lkw-Maßen und Gewichten in Europa nicht einseitig uminterpretieren. Dies hat EU-Kommissionspräsident Barroso in einer Stellungnahme zur Auslegung der Richtlinie Ende Juli betont.

Nach der gegenwärtigen Rechtslage dürfen sogenannte Gigaliner, also besonders lange und schwere Lkws, innerhalb der EU nicht grenzüberschreitend eingesetzt werden. EU-Verkehrskommissar Siim Kallas versucht seit Februar, die Richtlinie neu auszulegen und den grenzüberschreitenden Verkehr der Fahrzeuge zu erlauben. Barroso forderte nun den EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz auf, den üblichen Weg des Mitentscheidungsverfahrens unter Beteiligung von Parlament und Ministerrat einzuhalten. [ej]

- Barroso zu Gigalinerichtlinie: www.kurzlink.de/eu-komm-gigaliner12
- Richtlinie 96/53/EG: www.kurzlink.de/gigaliner-rl-2012

Infrastruktur national

Finanzierung für 2013

■ Mitte September hat der Bundestag über den Haushalt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für das Jahr 2013 debattiert. Insgesamt wurden für den Etat 25,72 Milliarden Euro vorgeschlagen, fast 232 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Für Investitionen sind 13,64 Milliarden Euro vorgesehen. Damit ist dies der größte Investitionsetat des Bundes. Mehr als die Hälfte der Investitionen des Bundes stammen aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Bei der Bundestagsdebatte betonte Minister Peter Ramsauer die Rolle des Gebäudesanierungsprogramms für die Energiewende. „Dieses Programm soll auch in Zukunft das Zugpferd der Energie-

wende sein“, so Ramsauer. Das Programm der energetischen Stadtsanierung soll im kommenden Jahr auf 100 Millionen Euro aufgestockt werden. Für die Stadtförderung gibt es rund 455 Millionen Euro. Insgesamt zehn Milliarden Euro sollen in den Verkehr investiert werden. [ej]

- Mitteilung des Bundes: www.kurzlink.de/verkehrretat2013
- Gesetzentwurf des Bundeshaushaltsplans 2013: www.kurzlink.de/bundet2013

WASSER & MEERE

Klimawandel

Arktis-Schmelze erreicht traurigen Rekord

■ Das Meereis des arktischen Ozeans ist in diesem Jahr so stark geschmolzen wie noch nie. Dies haben die NASA, das National Snow and Ice Data Center (NSIDC) sowie verschiedene Forschungsinstitute Ende August unabhängig voneinander gemeldet. So sei der bisherige Tiefstwert aus dem Jahr 2007 noch einmal unterschritten worden. Die derzeitige Ausdehnung der Eisfläche von 4,1 Millionen Quadratkilometern markiert den niedrigsten Stand seit Beginn der Satellitenaufnahmen im Jahr 1979. Anfang der 1980er-Jahre betrug sie noch sieben Millionen Quadratkilometer.

Wenn sich die Entwicklung fortsetzt, sei zu befürchten, dass die Arktis im Laufe der nächsten Jahrzehnte im Sommer eisfrei sein werde. Auch in Grönland schmolz das Eis stärker als zuvor: Mitte Juli tauen 97 Prozent der Eisdecke, während in einem durchschnittlichen Sommer nur etwa die Hälfte der Oberfläche von der Schmelze betroffen war. Die Ursache für die Schmelze sehen die Wissenschaftler in ungewöhnlich hohen Temperaturen über dem Gefrierpunkt, die auf die globale Erwärmung zurückzuführen sind. Dabei treibt die Eisschmelze die Erderwärmung weiter voran, da weniger Sonnenlicht vom

Eis reflektiert und somit mehr Wärme in den Ozeanen gespeichert wird. [uk]

► www.nsidc.org/arcticseaiceneews

Arktis

Shell bohrt an und verschiebt

■ Der britisch-niederländische Ölkonzern Shell hat Anfang September seine ersten Erkundungsbohrungen nach Öl in der Arktis vorgenommen. Zwei Wochen später erklärte das Unternehmen jedoch, in diesem Jahr nicht mehr nach Öl bohren zu wollen.

Die Bohrungen waren Ende August von der US-Regierung genehmigt worden. Shell brach die Probebohrungen schon nach einem Tag wieder ab, weil sich Meereis auf das Schiff zubewegte. Shell hat bisher keine Zertifizierung für sein Spezialschiff zur Bekämpfung von Leckagen. Erst wenn diese Zertifizierung vorliegt, könnte der Konzern in Schichten bohren, in denen Öl vermutet wird.

UmweltschützerInnen protestierten weiterhin gegen die Bohrungen und fordern ein generelles Verbot von Ölbohrungen in der Arktis. Ein Austreten von Öl würde in dem sensiblen Ökosystem und den rauen Gewässern der Arktis unumgänglich zu einer Katastrophe führen, argumentieren sie. [am]

► www.savethearctic.org

Ölförderung

CO₂ in Nordsee verpressen

■ Dänemark hat im August angekündigt, mithilfe der umstrittenen EOR-Technik (Enhanced Oil Recovery) unkonventionelle Erdöllagerstätten zu erschließen. Mit dieser Technologie wird Kohlendioxid unter hohem Druck in das Bohrloch gepresst, um das Öl leichter abzapfen zu können.

Eine Bürgerinitiative und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) reagierten entsetzt auf die geplante

Verpressung von CO₂ in der Nordsee. In einer gemeinsamen Stellungnahme, die sie bei deutschen und dänischen Behörden einreichten, kritisierten sie vor allem das von dänischen Behörden erstellte Umweltgutachten, welches die Gefahren für die Umwelt nicht richtig einschätzte. Den Umweltschützern zufolge sind in dem Bericht weder die Zusammensetzung des CO₂-Abfalls noch die Details zu dem geplanten Einpressdruck erwähnt.

In ihrer Stellungnahme fordern sie nun ein neues Gutachten, das eine genaue Beschreibung des größten anzunehmenden Unfalls (GAU) beim Transport der CO₂-haltigen Abfälle zu den Verpressungsstellen sowie eine detaillierte Bewertung des geologischen Untergrunds beinhaltet.

Noch im letzten Jahr hatte Dänemark angekündigt, auf jegliche Form von CCS (Carbon Capture and Storage) verzichten zu wollen, da die Methode zu unsicher sei. Im Offshore-Bereich scheint die Verpressung von CO₂-Abfällen der dänischen Regierung weniger Sorgen zu bereiten: „Jedes Prozent Ölförderungsgrad mehr bedeutet Milliarden an extra Steuereinnahmen, mit denen wir gesamtgesellschaftliche Maßnahmen finanzieren können und deshalb ist das auch eine Technologie, die wir offshore weiterverfolgen wollen“, ließ der dänische Klima- und Energieminister Martin Lidegaard verlauten. [lr]

► www.bbu-online.de (Presseerklärung – 23.08.12)

EU-Fischerei I

Sanktionieren und labeln

■ Das EU-Parlament hat in seiner Plenarsitzung am 12. September den Weg für Sanktionen gegen Drittstaaten, die unilateral ihre Fangquoten erhöhen, freigemacht. Außerdem stimmten die Abgeordneten für stärkere Kennzeichnungspflichten bei Fischprodukten. Die neue Verordnung ermöglicht es der Kommission, Handelsanktionen gegen Drittstaaten auszusprechen, die sich nicht an die vereinbarten Quoten zur Befischung gemeinsam genutzter Bestände halten. Hintergrund des Gesetzes-

akts waren die unilateralen Quotenerhöhungen für Makrele im Nordostatlantik, mit denen Island und die Faröer-Inseln in den letzten Jahren immer wieder für Unmut in der EU gesorgt hatten.

In einer weiteren Abstimmung votierten die ParlamentarierInnen für die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht bei Fischereiprodukten. So müssen nun auch Informationen über die Fangmethode, das Fanggebiet und den genauen Fischbestand sowie das Datum, wann der Fisch angelandet wurde, für die Verbraucher ersichtlich sein. Den Regelungen müssen noch die EU-Fischereiminister zustimmen. [am]

► www.kurzlink.de/ep-plenary-fish-1209

EU-Fischerei II

Mehr Hering, weniger Lachs

■ Die EU-Kommission hat Ende August Fischereiquoten für das Jahr 2013 in der Ostsee vorgeschlagen. Die zulässigen Gesamtfangmengen für Sprotte, Scholle sowie für Hering in der zentralen und westlichen Ostsee sollen erhöht und die Quoten für Lachs und Kabeljau gesenkt werden.

Aktuellen wissenschaftlichen Studien zufolge nimmt die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereibestände in der Ostsee zu. Die Quotenkürzung der vergangenen Jahre zeige demnach Wirkung. Die Fangquoten orientieren sich am Prinzip des höchstmöglichen Dauerertrags.

Bereits Anfang August hat die Kommission die Bestrafung der Quotensünder im Jahr 2011 in Form von gekürzten Quoten für das Folgejahr angekündigt. Falls Mitgliedstaaten denselben Bestand drei Jahre in Folge überfischt hatten, erhöht die Kommission die Abzüge der Quote um 50 Prozent. Rechtsgrundlage dafür ist eine Verordnung, die es der Kommission ermöglicht, die im Vorjahr überfischten Bestände umgehend auszugleichen.

Auch die deutsche Fischereiwirtschaft hat 2011 zu viele Fische gefangen. Deutsche Fischer dürfen laut Entscheidung der EU-Kommission in diesem Jahr etwa 460 Tonnen Makrele, 1,4 Tonnen Scholle und

0,7 Tonnen Dornhai weniger fangen als ursprünglich vereinbart. [lr]

- Vorschläge der Kommission (engl.): www.kurzlink.de/prop-tac-2013-baltic

EU-Fischerei III

Schutz für Tiefseefische

■ Die Europäische Kommission will das Fischen mit Grundslepp- und Kiemennetzen in der Tiefsee verbieten. So soll ein nachhaltiges Befischen der Tiefseebestände erreicht, Beifänge reduziert und die Auswirkungen auf die Ökosysteme der Tiefsee verringert werden. In einem Verordnungsentwurf vom 19. Juli schlägt die Kommission vor, die Fanggeräte innerhalb der nächsten zwei Jahre abzuschaffen. Grundsätzlich hält die Kommission aber an Grundsleppnetzen als Fangmethode fest, wie aus einem Begleitdokument zu der Verordnung hervorgeht. Die wirtschaftliche Bedeutung der Tiefseefischerei ist nach Berechnungen der Kommission gering. Sie macht nur ein Prozent der angelandeten Fische aus dem Nordostatlantik aus. Da es sich um einen sehr konzentrierten Markt handelt, würde die neue Regelung nur einige wenige spanische und französische Fischereikonzerne betreffen. [am]

- Begleitdokument zum Vorschlag (engl.): www.kurzlink.de/com-deepsea-qa-0812
- Reaktion Greenpeace (engl.): www.kurzlink.de/gp-deepsea-react0812

Trinkwasser

Kein Fracking in Schutzzonen

■ Das Umweltbundesamt (UBA) rät dazu, die umstrittene Fracking-Technologie in Trinkwasserschutzgebieten zu verbieten. Diese Forderung ergibt sich aus den Ergebnissen einer Studie der Behörde zu den Umweltauswirkungen von Fracking auf Wasser. In der Studie werden erhebliche Risiken für Mensch und Umwelt aufgezeigt, vor allem durch die eingesetzten

Chemikalien und die entstehenden Abwässer. Neben den physischen Aspekten der Fördermethode untersucht die Studie das bestehende Recht auf Regulierungslücken von Fracking. Demnach besteht eine Vollzugslücke in der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung.

Während das UBA kein vollständiges Verbot der Technik fordert, verlangt der Umweltverband NABU ein Moratorium der umstrittenen Gasförderung. [am]

- Studie (Kurzfassung): www.umweltdaten.de/publikationen/weitere_infos/4346-0.pdf
- www.nabu.de (Pressemitteilungen – 05.09.2012)

Elbehochwasser

Schutzkommission zieht kritische Bilanz

■ Mitte August hat sich das Jahrhunderthochwasser an der Elbe zum zehnten Mal gejäht. Pünktlich zum Jahrestag veröffentlichte die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) ihren letzten Hochwasseraktionsbericht. Darin zeigt sie die Fortschritte im Hochwassermanagement auf, die seit der Flut 2002 gemacht wurden. So wurden Deiche instand gesetzt, die Informationswege zu Hochwasserständen verkürzt und neue Rückhaltebecken gebaut. Auch beim naturnahen Hochwasserschutz sieht die IKSE Fortschritte.

Letzteres sehen Umweltschützer anders. Der NABU kritisierte die Maßnahmen im naturverträglichen Hochwasserschutz als nicht ausreichend und forderte weitere Anstrengungen. Insbesondere bei der Schaffung natürlicher Überflutungsflächen gebe es weiteren Handlungsbedarf, kritisieren die Naturschützer. Die aktuell laufende Reform der Bundeswasserstraßenverwaltung sei eine einmalige Gelegenheit, neue Strukturen für die Renaturierung der Flüsse zu schaffen. [am]

- www.ikse-mkol.org/index.php?id=760&L=0
- NABU, Naturschutzexperte Till Hopf, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1618, till.hopf@nabu.de, www.nabu.de

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Ressourceneffizienz

Öffentliche Konsultation

■ Die EU-Kommission hat im August eine Konsultation zu Indikatoren für Ressourceneffizienz gestartet. Die Debatte bildet die Grundlage für mögliche EU-Ziele, die spätestens 2013 entwickelt werden sollen. Bis zum 22. Oktober können sich Unternehmen, Verbände und Privatpersonen an der Konsultation beteiligen.

Als möglichen Leitindikator für die Ressourceneffizienz der europäischen Wirtschaft sieht die Kommission die Ressourcenproduktivität. Umweltverbände kritisieren jedoch, dass dieser Indikator keine Aussage über die ökologischen Grenzen des Ressourcenverbrauchs macht. Der Leitindikator soll durch weitere Makroindikatoren zum Verbrauch von Land, Wasser und Kohlenstoff begleitet werden. Einzelne spezifische Indikatoren wie die Verkaufszahlen ökologischer Produkte oder umweltschädliche Subventionen sollen das Set ergänzen. [dh]

- www.kurzlink.de/konsult
- www.kurzlink.de/steckbrief

Ressourcenverbrauch

Ökologischer Fußabdruck in Europa bald einheitlich

■ Die EU-Kommission hat im August Entwürfe für einheitliche Methoden zur Berechnung des Ökologischen Fußabdrucks vorgelegt. Damit sollen die Umweltauswirkungen und Ressourcenverbräuche von Produkten, Dienstleistungen und Organisationen entlang des gesamten Lebenszyklus sichtbar und vergleichbar werden.

Die Standardisierungsexperten der Verbraucherorganisation ANEC kritisierten die Wahl der Ökobilanz als Methode für die Berechnung der Fußabdrücke. Diese sei

nur für manche Umweltauswirkungen geeignet. ANEC kritisiert außerdem, dass die Kommission versäumt hatte, InteressenvertreterInnen in den Entwicklungsprozess einzubeziehen. Bevor die EU-Kommission die endgültige Version veröffentlicht, wird das Papier noch intern verhandelt. [am]

- www.kurzlink.de/methodologie
- www.kurzlink.de/anec

Ressourcenpolitik

Prozesse und Player

■ Seit dem Erdgipfel 1992 in Rio wurden zahlreiche Prozesse für eine bessere Ressourcenschonung gestartet. Ein neues DNR-Themenheft mit dem Titel „Ressourcenpolitik: Prozesse und Player“ stellt die wichtigsten Programme und Akteure vor. Das Heft erleichtert den Überblick über ressourcenrelevante Prozesse und bietet eine gute Grundlage für ein ressourcenpolitisches Engagement.

Interessierte können das Heft kostenfrei unter dem unten stehenden Link von der Seite der DNR-EU-Koordination herunterladen. [dh]

- www.kurzlink.de/dnr-themenheft

Umfrage zur wirtschaftlichen Lage

Die Sorgen der Europäer

■ Die allgemeine Wirtschaftslage dominiert nach wie vor die Sorgen europäischer BürgerInnen auf nationaler und europäischer Ebene. Zu diesem Schluss kam die europäische Kommission in der Eurobarometer-Umfrage, die sie im Juli veröffentlicht hat. Über 30.000 befragte BürgerInnen aus 34 europäischen Staaten nehmen die nationale Wirtschaftslage seit 2010 als schlecht wahr. Die größte Sorge auf nationaler Ebene ist die Arbeitslosigkeit, auf persönlicher Ebene sind es die steigenden Preise.

Das Vertrauen in die EU-Institutionen nahm in den vergangenen Jahren leicht ab. Trotzdem meinen 31 Prozent der Befragten dass sie, neben den nationalen Regierungen, am besten in der Lage seien, gegen die Auswirkungen der Krise vorzugehen.

Die Wachstumsstrategie Europa-2020 wird überwiegend positiv beurteilt. Am wichtigsten ist den Europäern, dass neue Jobs geschaffen sowie Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft werden. Die Leitinitiative für nachhaltiges Wirtschaften kommt an dritter Stelle. Auch die Europa-2020-Ziele kommen gut an, unter ihnen auch die umweltbezogenen: Die Erhöhung der Energieeffizienz, der Ausbau von er-

neuerbaren Energie und die Reduzierung der Treibhausgasemissionen. [uk]

- www.kurzlink.de/umfrage_eb77

Umweltwirtschaft

Navigationshilfe für Umwelttechnik

■ Mitte September ist die dritte Auflage des Umwelttechnologie-Atlas „GreenTech made in Germany 3.0“ erschienen. Er identifiziert sechs Leitmärkte für Umwelttechnologien – Energieeffizienz, nachhaltige Wasserwirtschaft, umweltfreundliche Energien und Energiespeicherung, nachhaltige Mobilität, Rohstoff- und Materialeffizienz sowie Kreislaufwirtschaft.

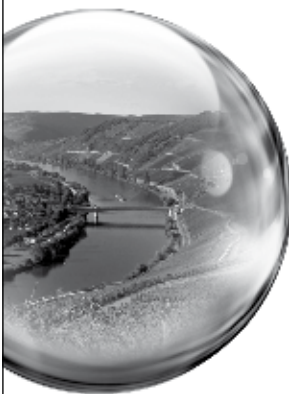
Die Autoren des Atlases rechnen in den kommenden Jahren mit einem deutlichen Wachstum des Weltmarkts für Umwelttechnik. Vor allem deutsche Unternehmen seien gut aufgestellt. Der vom Bundesumweltministerium (BMU) in Auftrag gegebene Atlas ist als CD erhältlich. Der analytische Teil steht auf der Internetseite des BMUs zum Download bereit. [lr]

- www.kurzlink.de/bmupresse

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

oekom
verlag



Gewässerschutz

Klare Fließrichtung, zu viele Staustufen

Die *politische ökologie* verdeutlicht, was Flüsse, Seen und Auen gefährdet und wie sich die negativen Einflüsse auf unsere Gewässer eindämmen lassen. Von einem guten ökologischen Zustand sind unsere Flüsse und Seen noch weit entfernt. Binnenschifffahrt, Wasserkraft, Landwirtschaft, Bergbau und Wassertourismus setzen den Gewässern arg zu. Als wäre der Status quo für Natur und Mensch nicht bedenklich genug, treibt die Politik den milliardenschweren Ausbau der Wasserstraßen sogar noch voran – dabei gibt seit 2000 die europäische Wasserrahmenrichtlinie das Ziel vor, Europas Flüsse und Seen besser zu schützen.

Mit Beiträgen von Bernd Mayerhofer, Ralf Köhler, Nikolaus Geiler, Sebastian Schönauer, Christine Margraf, Onno Groß u.v.m.

– Gewässerschutz – politische ökologie (Band 130) | 144 Seiten | 16,95 EUR (zzgl. Versand)
_ISBN 978-3-86581-285-8 | **Erhältlich bei:** www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de



DNR INTERN

Deutscher Naturschutztag

Energiewende mit Kultur

■ Die Teilnehmer des 31. Deutschen Naturschutztags im September in Erfurt haben in ihrer Abschlusserklärung betont, dass sie die Energiewende aktiv unterstützen. „Sie darf aber kein Freibrief zur Zerstörung unserer Heimat und Raubbau an unseren Landschaften sein und muss von einer Kulturwende begleitet werden“, sagte der Vizepräsident des DNR Hartmut Vogtmann. Die Technologie der Verschwendung dürfe nicht durch eine neue ersetzt werden, denn eine Energiewende sei nur möglich, wenn Einsparung, Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien zusammenkämen.

In den „Erfurter Positionen“ fordern die Naturschutzverbände unter anderem eine sorgfältige Standortwahl für Windräder und weniger Flächenverbrauch für Biomasse. Sie sprechen sich gegen neue Wasserkraftwerke und gegen den Bau von Windkraftanlagen im Wald aus. Der Vorsitzende des Bundesverbands Beruflicher Naturschutz (BBN) Heinz-Werner Persiel plädierte dafür, die Bürger bei allen Fragen zu neuen Energieanlagen oder zu Stromnetzen von Anfang an zu beteiligen.

Neben dem Hauptthema wurden in Arbeitsgruppen aktuelle Entwicklungen im Umweltrecht, Kommunikations- und Bildungsfragen sowie wirtschaftliche Aspekte des Naturschutzes diskutiert. Interessierte konnten sich in Ausstellungen und an Infoständen schlaumachen sowie an Ausflügen in den Nationalpark Hainich, zum Grünen Band an der früheren innerdeutschen Grenze oder in das Biospärenreservat Vesertal teilnehmen. [mbu]

- ▶ www.deutscher-naturschutztag.de
- ▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, E-Mail: info@dnr.de

EU-Koordination**Ressourcen, Finanzen, 7.UAP**

■ Die Arbeit der EU-Koordination des DNR ist projektgefördert. Dadurch sind die Schwerpunkte der Arbeit festgelegt. Das Projekt „EU-Ressourceneffizienz: Auf dem Weg zur ressourceneffizientesten Region der Welt“ läuft Ende des Jahres aus und wird von dem Projekt „Ressourcenaufbau für Ressourcenschutz“ abgelöst. Geplant ist die Erarbeitung von Publikationen zum Reboundeffekt, zu alternativen Wachstumsmodellen, zum Ordentlichen Verfahren sowie zu den Zielen und Indi-

katoren von Ressourceneffizienz. Zudem steht ein Themenheft zu Abfall und geplanter Obsoleszenz auf dem Programm.

Ein Fachgespräch über die Ziele der Ressourceneffizienz im Oktober soll die Verbände zur Teilnahme an der Konsultation der Kommission motivieren. Ein weiteres Fachgespräch zum Reboundeffekt sowie ein Lobbyseminar sind geplant. Innerhalb des Projektes „Fit für die neue EU-Finanzperiode“ setzt das Team der EU-Koordination seine Arbeit zum 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) fort. Die Mitteilung der Kommission wird im November erwartet. Im Rahmen eines EU-politischen Umweltimpulsseminars wird die EU-Koordination Stellung zum 7. UAP nehmen

Auch ein Themenheft zu EU-Fonds für die Umwelt soll erstellt werden, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind. 2013 soll wieder eine Lern- und Lobbyfahrt nach Brüssel stattfinden. Auf der Agenda der Lobbygespräche mit Matjaz Malgaj, dem Vizekabinettschef von Umweltkommissar Janez Potočnik, sowie mit Alan Seatter, dem stellvertretenden Generaldirektor der Generaldirektion Umwelt im Oktober, stehen die Themen Ressourcen, Europäisches Semester, 7. UAP und Bodenschutz. [bv]

- ▶ DNR, Leiterin EU-Koordination Bjela Vossen, Tel. +49 (0)30 / 6781775-85, E-Mail: bjela.vossen@dnr.de, www.eu-koordination.de



Wildnis im Bayerischen Wald

»Ja wie schaut denn das aus?« Quer verkeilt liegen silbergraue Fichten, undurchdringliche Astgerippe, dazwischen ragen junge Bäume heraus, ein neuer Wald entsteht. Das ist er, der Nationalpark Bayerischer Wald: Ein Wald im Umbau, im Werden. Ein halbwilder Wald – um den es seit über 40 Jahren Konflikte gibt. Herbert Pöhl berichtet von Kämpfen und Widerständen, von Erfolgen und Begeisterung – und von der Schönheit dieser wilden Waldnatur.

H. Pöhl

Der halbwilde Wald

Nationalpark Bayerischer Wald: Geschichte und Geschichten

272 Seiten, Hardcover, inkl. DVD: spektakulären Filmaufnahmen, weiterführende Artikel sowie Faltblätter zu Wanderungen und Angeboten im Park, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-250-6
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Klima-Aktionstag 2012

Keine Bremse für die Wende

■ Mit mehr als 60 Aktionen haben sich bundesweit Einzelpersonen und Organisationen am Klima-Aktionstag im September beteiligt. Sie forderten die Bundesregierung auf, die Energiewende nicht auszubremsen.

Die Zivilgesellschaft zeigte, dass sie eine echte Energiewende will und mit gutem Beispiel vorangeht. So rief in Berlin die Silent Climate Parade zum Protest gegen Kohlekraft auf – 1.000 Menschen zogen leise tanzend durch die Innenstadt. Beim PARK(ing) DAY in München verwandelten Bürger Autoparkplätze in grüne Parks, Kunstinstallationen oder Spielplätze. In Leipzig diskutierte der NABU über die Auswirkungen eines zu hohen Fleischkonsums. In Stade zeigten die Bürger ihr Engagement für das kommunale Klimaschutzkonzept, für ein Bürgersolarprojekt und die energetische Gebäudesanierung. Gegen das geplante Kohlekraftwerk BoAplus am Standort Niederaußem (RWE) protestierten Menschen in Pulheim und in Mainz demonstrierte die Bürgerinitiative „Stopp Staudinger“.

Der bundesweite Klima-Aktionstag wurde zum sechsten Mal von der Klima-Allianz Deutschland koordiniert, einem gesellschaftlichen Bündnis für mehr Klimaschutz aus mehr als 110 Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen. **[Katharina Reuter]**

► www.klima-bewegen.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Ehrenamt

Erster Schritt Richtung Gesetz

■ Mit der Europäischen Freiwilligen-Charta sind im vergangenen Jahr erstmals Richtlinien für die Arbeit von Freiwilligen festgelegt worden. Die Charta, die während des Europäischen Jugendkonvents erarbeitet wurde, ist mittlerweile von der Agentur

Jugend für Europa für ein breiteres Publikum ins Deutsche übersetzt. Die Richtlinien sollen Politikern als Anreiz dienen, sich weiter mit ehrenamtlicher Tätigkeit zu beschäftigen. Gerade weil die Freiwilligenarbeit von der Zivilgesellschaft als wichtig empfunden wird, ist die Charta ein Erfolg. Vorher hatte es kaum Regelungen für das Ehrenamtlichenengagement gegeben. **[hk]**

► www.jugendfuereuropa.de

► www.kurzlink.de/freiwilligen-charta

Landschaftserhaltung

Biotopepflege geht voran

■ In diesem Jahr sind in Baden-Württemberg vier Landschaftserhaltungsverbände (LEV) neu gegründet worden. Sie werden unter anderem von dem Landesnaturschutzverband (LNV) und dem Land Baden-Württemberg unterstützt. Diese fordern, dass landesweit LEV eingeführt werden. Mithilfe der LEV können Verbesserungen im Naturschutz erzielt werden. Auf diese Weise wird die Zusammenarbeit von verschiedenen Naturschutzverbänden, Landnutzern und Kommunen verbessert. Außerdem spielen die LEV eine wichtige Rolle im Hinblick auf das Erfüllen der Natura-2000-Kriterien. Derzeit planen elf weitere Landkreise, LEV zu gründen. **[hk]**

► LNV, stellvertretender Vorsitzender Dr. Gerhard Bronner, Tel. +49 (0)771 / 9291-505, www.lnv-bw.de

Onlineinformation

Neue Wanderwebsite

■ Der Deutsche Wanderverband hat eine neue Website online gestellt, die Informationen rund ums Wandern bietet. Auf dem Internetportal können deutschlandweit Wanderwege eingesehen werden. Neben den Längen und Höhenprofilen der gewünschten Routen gibt es auch Auskünfte über Gastronomie und Logistik. Die Website soll als Grundlage zur Planung

von Wanderurlauben dienen und bietet WanderfreundInnen allerlei Wissenswertes rund um ihr Hobby. **[ej]**

► www.wanderbares-deutschland.de

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Tierschutzpreis

Kreativ für den Tierschutz

■ Seit Ende August läuft die Ausschreibung für den Adolf-Hempel-Jugendtierschutzpreis. Ausgezeichnet werden sollen junge Menschen, die sich in besonderem Maß für den Tierschutz starkgemacht haben. Der Preis wird alle zwei Jahre von der Akademie für Tierschutz des Deutschen Tierschutzbundes verliehen und soll dazu motivieren, sich längerfristig im Tierschutz zu engagieren. Gruppen mit sechs oder mehr Mitgliedern zwischen acht und 20 Jahren können noch bis zum 28. Februar ihre Ergebnisse einreichen. **[fc]**

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Jugendwettbewerb

Kreativ für die Natur

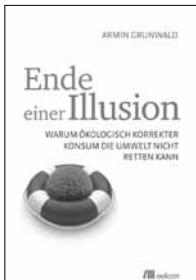
■ Am 1. Oktober startet der 43. internationale Jugendwettbewerb „jugend creativ“ der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Zum Thema „Entdecke die Vielfalt: Natur gestalten“ sind junge Menschen bis 18 Jahre dazu aufgerufen, Projekte beim größten Jugendwettbewerb der Welt einzureichen. In den Kategorien Bildgestaltung, Kurzfilm und Quiz gibt es neben attraktiven Geld- und Sachpreisen einen einwöchigen Kreativworkshop an der Ostsee zu gewinnen. In den Banken der Veranstalter erhält man die Wettbewerbsunterlagen. Abgabefrist ist der 21. – in Bayern der 1. Februar. **[fc]**

► www.jugendcreativ.de

REZENSIONEN

Ende einer Illusion

Ökologisch korrekter Konsum allein kann die Welt nicht retten. Vielmehr müssten die souveränen Bürger die Rahmenbedingungen so umgestalten, dass die problematischen Konsumschattenseiten gar nicht erst auftreten, schreibt Armin Grunwald.



■ Ist Kaufen Staatsbürgerpflicht? Natürlich nicht. Nur kommt es einem manchmal so vor, meint Autor Armin Grunwald. Konsum insgesamt macht 75 Prozent der Wirtschaftsleistung aus,

der private Konsum hat daran einen Anteil von 50 bis 60 Prozent. Wenn Verbraucher wegen der schlechten Wirtschaftslage weniger kaufen, sorgt sich die Politik und ruft zu mehr Konsum auf. Dieser sorgt jedoch wegen der Produktionsweise und des verursachten Abfalls für höhere Kohlendioxidemissionen, Energieverbrauch, Verlust an Artenvielfalt bis hin zu sozialen Problemen wie Ausbeutung, Kinderarbeit und Gesundheitsrisiken. Muss das sein? Der Physiker und Philosoph Grunwald plädiert dafür, Konsum nachhaltig auszurichten, indem Ressourcen gespart werden. Konsumverzicht hingegen hält er für „zu radikal und zu einfach gedacht“. Schließlich habe der Konsum auch positive Seiten, er diene der Teilhabe am sozialen Leben, trage in unserer Gesellschaft zur Wertschätzung bei und schaffe Arbeitsplätze.

Tatsächlich hat sich das Bewusstsein der Verbraucher verändert – wenn Grunwald auch damit übertreibt, dass ökologischer Konsum inzwischen nicht mehr als „weltfremd oder fundamentalistisch, sondern als ethisch geboten“ gelte. Tatsächlich gibt es immer noch – anders als Grunwald glaubt – genügend Menschen, denen die Treibhausbilanz ihrer Fernreise egal ist und dies auch öffentlich sagen. Und selbst bei denen, die ein ökologisches Bewusstsein entwickelt haben, lässt sich eine Diskrepanz zwischen dem Wissen um die negativen Folgen des Konsums und ihrem Handeln beobachten.

Mit moralischem Druck bekomme man die Verbraucher nicht dazu, klüger einzukaufen, kritisiert Grunwald. Das Konsumverhalten müsse sich an einer übergeordneten Idee orientieren. „Es muss kollektiv, das heißt mit einer gewissen ‚Schwarmintelligenz‘ funktionieren“ – und zwar grenzüberschreitend. Die Hindernisse für ökologischen Konsum seien vielfältig. Dass die Menschen grundsätzlich viele Entscheidungen in ihrem Leben treffen müssen, ist eines davon. Dass ihr Leben oft bereits anstrengend genug ist, ein anderes. Dazu kommt das fehlende Wissen, welches Produkt nachhaltiger ist als ein anderes. Es ist unmöglich, für jedes einzelne die komplette Produktionskette nachzuvollziehen. Stattdessen können Verbraucher sich an Siegeln orientieren. Deren Vielfalt sei allerdings auch undurchschaubar.

Grunwald dreht die Debatte um. Dem Verursacherprinzip folgend müsse nicht der private Konsument in die Verantwortung gezogen werden, sondern der Souverän – und damit der Bürger. Statt an individuelle Konsumenten zu appellieren, Kaufentscheidungen zu überdenken, appelliert er an die Bürger, sich politisch zu engagieren, um die öffentlichen Rahmenbedingungen zu beeinflussen: durch Mitarbeit in Parteien, in Nichtregierungsorganisationen, auf öffentlichen Plattformen. Die Hoffnung: Individuelles Engagement führt zu politischer Veränderungsbereitschaft.

Und damit hat Grunwald einen neuen Dreh in die Debatte um den ökologischen Konsum gebracht. Allerdings bleibt die Frage unbeantwortet, wie die Bürger zu gesellschaftspolitischem Engagement gebracht werden können. **[Johanna Treblin]**

► Grunwald, A.: Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. oekom, München 2012, 128 S., 9,95 €, ISBN 978-3-86581-309-1

Impressum

umwelt aktuell Oktober 2012
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Fabian Carels [fc], Daniel Hiss [dh], Hannah Klocke [hk], Uta Klönne [uk], Lavinia Roveran [lr], Clemens Schwanhold [cs], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel), ©European Parliament/Pietro Naj-Oleari (S. 19). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -67570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

OKTOBER

09.10., Augsburg (D)
Schutz für Klima und Biodiversität. Seminar
 ▶ Bayer. Landesamt für Umwelt, Deutsches Institut für Urbanistik,

Ilka Appel, Tel. +49 (0)221 / 340308-15, E-Mail: lie-der@difu.de, www.kommunaler-klimaschutz.de

11.–12.10., Schneverdingen (D)

Ernährungskultur und Kulturlandschaft. Wie Verbraucher zu Mitgestaltern einer attraktiven Landschaft werden

▶ Gudrun Janz, Tel. +49 (0)5198 / 9890-71, Fax -95, gudrun.janz@nna.niedersachsen.de, www.nna.de

12.–13.10., Köln/Bonn (D)

Wege zu einer sauberen Energiewirtschaft. Kongress

▶ Greenpeace Energy eG, Sabrina Freihoff, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 808110-657, Fax -677, E-Mail: sabrina.freihoff@greenpeace-energy.de, www.energiekongress.greenpeace-energy.de

12.–14.10., Loccum (D)

Transformation zu einer ethisch-ökologischen Ökonomie. Ordnungspolitik für einen nachhaltigen Wettbewerb. Tagung

▶ Evangelische Akademie Loccum, Tel. +49 (0)5766 / 81-0, Fax-900, E-Mail: monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

12.–14.10., Tutzing am Starnberger See (D)

Doing Future. Konzepte für Nachhaltigkeit

▶ Evangelische Akademie, Dr. Axel Schwanebeck, Tel. +49 (0)8158 / 251122, E-Mail: schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

13.10., München (D)

Organisation von Carrotmobs. Workshop

▶ Carrotmob-Akademie bei Green City, Severin Zeilbeck, Tel. +49 (0)89 / 890668-41, Fax -66, E-Mail: severin@carrotmob-akademie.de, www.carrotmob-akademie.de/workshops

14.–19.10., Poppau/Altmark (D)

Permakultur-Waldgarten-Workshop

▶ Permakultur-Akademie/Ökodorf, Sandra Campe, Tel. +49 (0)39000 / 51235, E-Mail: s.campe@siebenlinden.de, www.permakultur-akademie.de

15.–16.10., Erfurt (D)

Netzwerk21Kongress

▶ Grüne Liga Berlin u.a., Stefan Richter, Tel. +49 (0)30 / 443391-0, Fax -33, E-Mail: mail@netzwerk-21kongress.de, www.netzwerk21kongress.de

18.–20.10., Dresden (D)

Rotwildsymposium: Der Hirsch und der Mensch

▶ Deutsche Wildtier Stiftung, Eva Goris, Tel. +49 (0)40 / 733-391874, Fax -0278, E-Mail: e.goris@de-wist.de, www.deutschewildtierstiftung.de

19.10., Berlin (D)

Rio+20: Stand und Perspektiven der internationalen Umweltpolitik und des Umweltvölkerrechts

▶ Verein für Umweltrecht, Zeitschrift für Umweltrecht, Martina Schloter, Tel. +49 (0)421 / 21866-109, E-Mail: vur@uni-bremen.de, www.zur.nomos.de

20.10., Straubing (D)

Politikmanagement für ehrenamtlich Engagierte

▶ Petra-Kelly-Stiftung, Tel. +49 (0)89 / 242267-30, Fax +49 (0)89 / 242267-47, E-Mail: info@petra-kelly-stiftung.de, www.petrakellystiftung.de

20.–23.10., München (D)

Nachhaltigkeit – Basis unserer Zukunft. Münchner Wissenschaftstage

▶ Münchner Kultur GmbH, Karin Horch, Tel. +49 (0)89 / 306100-42, Fax -12, E-Mail: karin.horch@muenchner.de, www.muenchner-wissenschaftstage.de

22.10., Hannover (D)

Klimaschutz in unserer Hand – kultursensible Kommunikation zum Klimaschutz. Tagung

▶ Ecolog Institut/Zentrum f. Türkeistudien und Integrationsforschung, Silke Kleinhüchelkotten, Tel. +49 (0)511 / 473915-13, E-Mail: silke.kleinhueckelkotten@ecolog-institut.de, www.ecolog-institut.de

22.–25.10., Genk (B)

Europarc Conference 2012. Konferenz

▶ Europarc, Regensburg, Tel. +49 (0)8552 / 961021, E-Mail: office@europarc.org, www.europarc.org

25.10., Berlin (D)

Naturschutz gegen Rechtsextremismus. Argumente für Natur- und Umweltschutzengagierte.

▶ Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz, Hildegard Eissing, Tel. +49 (0)6131 / 16-2639, Fax -172639, E-Mail: hildegard.eissing@mulewf.rlp.de, www.mulewf.rlp.de

25.10., Flintbek bei Kiel (D)

Neue Herausforderungen für den Bodenschutz. Tagung

▶ Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Tel. +49 (0)4347 / 704-787, Fax -790, E-Mail: anmeldung@bnur.landsh.de, www.bnur.schleswig-holstein.de

26.–27.10., Berlin (D)

Fairness im Welthandel – freiwillig oder verpflichtend? Fachtagung

▶ Misereor, Ulrike Rosenbusch, Aachen, Tel. +49 (0)241 / 442-261, Fax -564, E-Mail: fairerhandel2012@misereor.de, www.misereor.de

26.–27.10., Berlin (D)

Plan B. Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau. Konferenz

▶ Die Linke, Bernd Brouns, Tel. (0)30 / 2275-2109, Fax -6410, E-Mail: bernd.brouns@linksfraktion.de, www.plan-b-mitmachen.de/?page_id=187

29.10.–04.11., bundesweit (D)

Bankwechselwoche

▶ Urgewald, BUNDjugend u.a., Tel. +49 (0)2583 / 1031, www.urgewald.de, www.bankwechsel-jetzt.de

NOVEMBER

07.–08.11., Berlin (D)

Mit der Energiewende kommunale Zukunft gestalten. 5. Kommunalkonferenz

▶ Deutsches Institut für Urbanistik, Köln, Anna Hogrewe-Fuchs, Tel. +49 (0)221 / 340308-16, E-Mail: hogrewe-fuchs@difu.de, www.kommunaler-klimaschutz.de

07.–08.11., Brüssel (B)

Local and regional innovation for prevention, reuse and recycling. Konferenz

▶ Association of Cities and Regions for Recycling and Sustainable Resource Management, Tel. +32 (0)2 / 2346500, E-Mail: info@acrplus.org, www.acrplus.org/Conference_Days_General_Assembly

14.11. Berlin (D)

Nationales Ressourcen-Forum 2012. Konferenz

▶ Umweltbundesamt, BMU, VDI, Tel. +49 (0)30 / 2100548-10, E-Mail: kontakt@ressourcenforum.de, www.ressourcenforum.de/anmeldung.html

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 48
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Umweltbildung 2.0

Virtuelle Realität, ökologischer Nutzen

Von Apps zur Pilzsuche über Carrotmobs zu GPS-Schatzsuchen – die modernen (Kommunikations-)Medien und speziell das Web 2.0. haben den Alltag verändert. Wie können UmweltpädagogInnen und Verbände dieses veränderte Medienverhalten nutzen, um Kinder wie Erwachsene an eine Bildung für nachhaltige Entwicklung heranzuführen?

□ Vor Kurzem hat Greenpeace sehr eindrucksvoll gezeigt, wie man die Möglichkeiten des web 2.0 für eine gute Sache nutzen kann. Als Protest gegen die Ölbohrungen der Firma Shell in Alaska bauten die AktivistInnen vor einer Shell-Tankstelle eine riesige Leinwand auf, baten ihre Twitterkontakte um eine Protestnachricht gegen Shell und ließen die massenhaft eintrudelnden Tweets über die Leinwand laufen. Ein virtueller Protestmarsch, der auch in den klassischen Medien viel Aufmerksamkeit fand.

web 2.0 – was genau und wer eigentlich?

Der Begriff web 2.0 fasst sehr unterschiedliche Möglichkeiten zusammen, das Internet zu nutzen. Grundsätzlich geht es darum, dass die Nutzer die Möglichkeit haben, die Internetseite oder ihre Inhalte mit zu gestalten und sich untereinander auszutauschen. Die Bandbreite reicht dabei vom Internetlexikon Wikipedia, bei dem die Nutzer die einzelnen Beiträge („Wikis“) selbst verfassen, über Blogs von Politik bis zu Strickmustern, zu denen die Leser Kommentare abgeben können, bis hin zur (Selbst-)Darstellung einer Einzelperson oder Organisation auf Social-Media-Portalen wie Twitter und Facebook.

So verschieden wie die Anwendungen sind auch die Endgeräte und deren Nutzer. Das statistische Bundesamt ermittelte 2012, dass 53 Prozent der Internetnutzer auch Social-Media-Plattformen zur Kommunikation und Information nutzen. Andere Studien kommen auf bis zu 74 Prozent. Einig sind sich die Umfragen darüber, dass in der Altersgruppe 65+ kaum ein Drittel in diesen Netzwerken aktiv ist. Je geringer das Lebensalter, desto intensiver die Nutzung – bei den 19- bis 24-Jährigen sind es über 90 Prozent, die im web 2.0 aktiv sind.

Umweltbildung und Social Media

Die Möglichkeit, Menschen zu den verschiedensten Zeiten, unterschiedlichen Situationen und an entfernten Orten zu erreichen, bietet auch für die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) interessante Chancen. Der ANU-Bundesverband veröffentlicht auf seinen Facebook- und Twitterseiten regelmäßig Neuigkeiten aus dem Bereich Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das Spek-

THEMENHEFT: UMWELTBILDUNG 2.0

trum reicht von Stellenangeboten über neue Studien und Projekte der ANU bis hin zu Veranstaltungshinweisen. Auch die Nutzer können auf dieser Seite Diskussthemenvorschläge, auf ihre eigenen Veranstaltungen und Projekte hinweisen und sich mit Gleichgesinnten vernetzen. Genutzt wird dieses Angebot des ANU Bundesverbandes vor allem von der nächsten Generation, jungen Interessierten an BNE ab Mitte 20 und etablierten Institutionen vom Umweltbundesamt bis zu Oro-Verde.

Eine solche Plattform lässt sich auch selbst gestalten: Der Umweltchecker richtet sich speziell an Jugendliche ab zwölf Jahren. Sie können sich auf dieser Plattform registrieren, um sich mit anderen naturinteressierten Jugendlichen anzufreunden, Bilder und Videos zu veröffentlichen, oder die Nachrichtenbeiträge zu verschiedenen Umweltthemen abzurufen. Besonders in Videos greift das Prinzip des Digital Storytelling. Eigentlich komplizierte Nachhaltigkeitsthemen werden in einer persönlichen Geschichte lebensnah dargestellt, um den Zuschauern abstrakte Fakten nahezubringen.

Umweltbildung 2.0

Auch jenseits klassischer Social-Media-Anwendungen bietet das web 2.0 spannende Optionen, um technikaffine Jugendliche an die Idee der Nachhaltigkeit heranzuführen. Bei einem „carrot mob“ zum Beispiel verabreden die Organisatoren mit einem Laden, dass ein Teil der Einnahmen aus einem bestimmten Zeitraum für die klimagerechte Sanierung des Ladens verwendet werden muss. Über verschiedene virtuelle Kommunikationswege werden Teilnehmer informiert, um möglichst viele für den verabredeten Zeitraum zu aktivieren.

Hierzu zählen auch die von Umweltstationen bereits genutzten GPS-Rallyes. Mit einem GPS-Gerät ausgerüstet erhalten die Teilnehmer die Anfangskordinaten einer Route durch die Natur. Um den Weg zum Zielpunkt zu finden, müssen sie unterwegs Fragen zu Pflanzen, Lebensräumen und ökologischen Besonderheiten beantworten. Die Weiterentwicklung der klassischen Rallye mit Schatzkarte begeistert Smartphone-gewohnte Kinder und Jugendliche und bringt sie über ein für sie interessantes Medium zurück in die Natur.

Das web 2.0 kann aber auch über das sogenannte „crowd sourcing“, bei dem auf einer Internetseite jeder einen kleinen Betrag für ein Projekt spenden kann, für die Finanzierung von nachhaltigen Vorhaben genutzt werden. Um Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Lebensrealität der nachfolgenden Generationen zu verankern, ist das web 2.0. aktuell ein leicht zu nutzendes Werkzeug. Es liegt an den Institutionen und UmweltpädagogInnen, es sinnvoll zu gebrauchen. [Lisa Hübner]

Weiterlesen

- ▶ www.kurzlink.de/008V55Nk0
- ▶ www.umweltchecker.de
- ▶ <http://kurzlink.de/www.facebook.de/ANU>

SCHWERPUNKT: UMWELTBILDUNG 2.0

Mediennetzwerk

ANU 2.0

□ Neben ihrer Facebook- und Twitterpräsenz bietet die ANU auch auf ihrer Internetseite innerhalb der Rubrik „ökopädNEWS“ unter der Überschrift BNE-Medien eine einzigartige Übersicht der 50 wichtigsten Printmedien aus den Bereichen Umweltbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen.

Die wachsende Datenbank „Nachhaltigkeit Lernen“ bietet NutzerInnen auf umweltbildung.de eine Vielzahl beispielhafter Bildungsprojekte, Materialien und Anbieter, die sich nach Themen, Methoden oder Bildungszielgruppen filtern lassen. Für seine hervorragende Arbeit ist das ANU-Netzwerk übrigens im Sommer als eine der ersten Maßnahmen in den Nationalen Aktionsplan zur UN-Dekade BNE aufgenommen worden. [jfs]

- ▷ www.umweltbildung.de
- ▷ <http://kurzlink.de/www.facebook.de/ANU>

Berufliche Netze 2.0

Umweltbildung bei XING

□ XING ist mit mehr als 5,7 Millionen Mitgliedern das größte soziale Netzwerk für berufliche Kontakte in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Zum Stichwort Umweltbildung finden sich immerhin elf Arbeitsgruppen, darunter das Freiwillige Ökologische Jahr in Deutschland, der BUND sowie eine Arbeitsgruppe „Umweltbildung“ mit rund 1.500 Mitgliedern. In den 23 Foren dieser Gruppe kann man sich über Nachhaltigkeit, Literatur und Medien oder die neuesten Konferenzen austauschen. In der Gruppe geben sich 25 Personen als ANU-Mitglieder zu erkennen – da ist es fast schon nicht mehr weit bis zu einer eigenen ANU-Gruppe bei XING. [jfs]

- ▷ www.xing.com/net/prifee391x/umweltbildung

BLICKPUNKT

Von der Zeitung zum innovativen Onlineformat

Das Printmagazin „umwelt&bildung“ weicht einer zeitgemäß überarbeiteten Homepage samt Newsbereich und Facebookseite. Ergänzend wird es ein jährliches BNE-Jahrbuch geben. Ein Neubeginn.

Mit der Ausgabe 1/2012, „Hello! Good bye!“ wurde die österreichische Umweltbildungszeitschrift *umwelt&bildung* im März eingestellt. Die Berichterstattung über Umweltbildung und BNE wird jedoch fortgeführt. Mit einer neuen, den Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts entsprechenden Kombination aus Online- und Printinformationen wollen die Herausgeber noch besser als bisher informieren. Die Website ist völlig neu gestaltet und mit einem übersichtlichen Layout versehen, außerdem wurden ein Newsbereich und eine Facebookseite eingerichtet.

Der Trend geht in Richtung digitale Medien. In Deutschland existieren bisher nur regionale Umweltbildungszeitschriften, beispielsweise die viermal jährlich in einer Auflage von 8.000 Stück erscheinende „BNE praktisch“ vom Pädagogischen Landesinstitut des Landes Rheinland-Pfalz. Die ANU listet auf ihrer Website aktuell rund 50 Publikationen im Bereich Umweltbildung, BNE und Globales Lernen auf – fast alle sind kürzere Newsletter und erscheinen oft nur unregelmäßig. Die gut aufgemachte, gründlich recherchierte und inhaltlich attraktive Publikation „umwelt&bildung“ der ARGE Umweltbildung in Wien war seit 1993 eine der Inspirationsquellen für UmweltpädagogInnen im deutschen Sprachraum. Chefredakteur Wolfgang

Sorgo verstand es, die Themenschwerpunkte in einer Mischung aus feuilletonartigen Beiträgen, informativem Hintergrundmaterial, spannenden Interviews und praktischen Tipps zu präsentieren. Zu Beginn konnte die Zeitschrift kostenlos abonniert werden, am Ende betrug der Preis pro Ausgabe fünf Euro – was viele LeserInnen nicht bezahlen wollten. Als Ersatz soll es einmal pro Jahr ein „BNE-Jahrbuch“ mit bilanzierenden und zukunftsweisenden Beiträgen sowie Interviews im Schnittbereich von BNE und Nachhaltigkeit geben, der Umfang ist mit rund 150 Seiten geplant. Im Internet soll eine Nachrichtenschiene kürzere Berichte sowie Artikel, Reportagen, Buch- und Filmrezensionen und Ähnliches bieten. Als drittes Element wird es eine Publikationsreihe „forum-exkurse“ für mehr wissenschaftliche Themen geben.

Viele UmweltpädagogInnen dürften sich über den Wechsel freuen. Doch mit dem Ende der Umweltbildungszeitschrift ging nicht nur ein Stück Umweltbildung mit hoher Qualität verloren, sondern auch die gewohnte Haptik und damit die Freude am Lesen unterwegs oder im Garten.

[Jürgen Forkel Schuber]

- ▷ www.umweltbildung.at

Klimawandel 2.0

Neues Bildungswiki zum Thema „Klima“ in Arbeit

□ Die Website zum Klimawandel im Klimawiki will Informationen zum Klimawandel für Laien und SchülerInnen verständlich darstellen. Mitmachen kann jeder. Gesucht werden populärwissenschaftliche Fachartikel, Beiträge für junge Leute oder Hinweise auf Unterrichtsmaterialien, Experimente und Unterrichtskon-

zepte. Am Ende soll eine Enzyklopädie über den anthropogenen Klimawandel und seine Folgen entstehen – ein sogenanntes „Wiki“. Ein Wiki ist ein Hypertextsystem für Webseiten, deren Inhalte von den Benutzern nicht nur gelesen, sondern auch direkt online geändert werden können.

Das Projekt ist eine Kooperation zwischen dem Deutschen Bildungsserver, dem Climate Service Center und dem Hamburger Bildungsserver. [jfs]

- ▷ www.klimawiki.org/klimawandel

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Wattenmeerhaus Wilhelmshaven

Kalle macht Kindern Klimawandel klar

□ Das Unesco-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum und das mobile Umweltbildungsangebot „Mobilum“ unter Trägerschaft des NABU Niedersachsen starten erstmals ein gemeinsames Veranstaltungsprogramm zum Thema „Klima und Klimaschutz“. Dabei wendet sich „Mobilum“ an Schüler der 3. und 4. Klassen, das Wattenmeer-Besucherzentrum an die Klassen 5 und 6. Für die Kinder der Grundschulklassen gibt es zwei Veranstaltungsteile. Mithilfe der Symbolfigur Kalle wird auf die Menschheitsgeschichte der letzten 300 Jahre fokussiert auf den Raum eines kleinen Terrariums buchstäblich abgespielt. Kalle lebt konfliktfrei in und mit der Natur, bis er unter die Erde vordringt, Kohle, Gas und Öl hervorbringt, damit heizt, Strom erzeugt, Auto fährt und zum Kohlendioxidproduzent wird. Für die älteren Jahrgangsstufen gibt es eine Reihe von Experimenten. Ergänzend führt eine „Klimawandeltour“ – offen für Familien – nach Eckwarderhörne und zum Sehestädter Moor, die den Blick auf Windkraftanlagen und auch Kraftwerkstürme lenkt.

- ▷ www.wattenmeerhaus.de
- ▷ www.nabu-niedersachsen.de

ANU Bundesverband

ParcInterp – Neues Trainerhandbuch

□ Als ein Ergebnis des vom Bundesverband Naturwacht, EUROPARC Deutschland und dem ANU-Bundesverband getragenen Projektes ParcInterp wurde das Trainerhandbuch „Basiskurs Natur- und Kulturinterpretation“ vorgelegt.

Das Projekt ParcInterp verbindet Natur- und Kulturinterpretation mit Bildung für

nachhaltige Entwicklung. Im Kern des vom Bildungswerk Interpretation durchgeführten und von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung begleiteten Projekts geht es um die Erarbeitung von Qualitätsstandards und -kriterien für die besucherorientierte Kurzzeitbildung in Großschutzgebieten und um die Erprobung von Fortbildungen in diesem Bereich. Im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit werden derzeit die Möglichkeiten der Implementierung der Projektergebnisse untersucht.

Das 112-seitige Trainerhandbuch erläutert das ParcInterp-System und stellt die erarbeiteten Kriterien für die Gestaltung von Führungen, Tafeln und anderes vor. Für den Fortbildungsbetrieb enthält es umfangreiche didaktische Hinweise sowie ein Beispielprogramm für den ParcInterp-Basiskurs mit vielen Umsetzungsvorschlägen. Die PDF-Version kann unter www.umweltbildung.de/uploads/media/ParcInterp-Basiskurs_-_Trainerhandbuch_-_2012.pdf heruntergeladen werden.

- ▷ www.parcinterp.de
- ▷ Ludwig, T.: Basiskurs Natur- und Kulturinterpretation – Trainerhandbuch. Werleshausen 2012, 112 S., ISBN 978-3-9815219-1-7

Ökostation Freiburg

Partnerschaft mit Japan

□ Auf Einladung der Partnerstadt Matsuyama reiste Heide Bergmann vom Leitungsteam der Ökostation Freiburg im Juli nach Japan. Dort vermittelte sie Einblicke in die Arbeit des deutschen Umweltzentrums. Höhepunkt des Besuches war die Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrages anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des japanischen Umweltzentrums „Rekuru“. Der Freundschaftsvertrag ist ein weiterer Baustein in der Verbundenheit der Städte Freiburg und Matsuyama, die durch Schüleraustausch, Bürgerreisen und Partnerschaften von Vereinen seit Jahren belebt wird. Nächstes Jahr feiert diese Städtepartnerschaft ihr 25-jähriges Bestehen. [jfs]

- ▷ www.oekostation.de/de/aktuell/news_.htm,226

Leuchtpol

Kuh im Kühlschranks wandert

□ Über 1.400 große und kleine BesucherInnen waren bei den Senckenberg Naturhistorischen Sammlungen Dresden in der Ausstellung „Die Kuh im Kühlschrank – eine Leuchtpol-Ausstellung zum Spielen und anders Denken rund um Energie und Umwelt“ für Kinder von drei bis sechs Jahren zu Gast. Die Ausstellung regt mit Themen wie Ernährung, Energie und Konsum dazu an, im Alltag auf Nachhaltigkeit zu Hause zu achten. Kinder, aber auch ihre BegleiterInnen lädt „Die Kuh im Kühlschrank“ ein, selbst aktiv zu werden, Alltagsverhalten zu hinterfragen und gemeinsam Antworten zu finden. Innerhalb kürzester Zeit waren die Termine für Kita-Gruppen ausgebucht. Jetzt wandert „Die Kuh im Kühlschrank“ weiter nach Hamburg, wo sie ab dem 26. September zu sehen sein wird.

- ▷ www.leuchtpol.de

WISSENSWERT

Schule

Kritisches Unterrichtsmaterial Gentechnik

□ Auf dem neuen Internetportal „Schule und Gentechnik“ finden Lehrkräfte und SchülerInnen fundierte Informationen zur Gentechnik in der Landwirtschaft und Ernährung. Damit wird eine kritische – und von industriellem PR-Material unabhängige – Auseinandersetzung mit dem Thema erleichtert. Das Portal „Schule und Gentechnik“ enthält einen Bereich für Lehrkräfte, einen zweiten für SchülerInnen. LehrerInnen finden auf auf „ihren“ Seiten Einführungstexte, Hintergrundinformationen, konkrete Fallbeispiele und Materialien für eine anschauliche Gestaltung des Unterrichts. SchülerInnen können in „ihren“ Seiten auf eigene Faust recherchieren. Einfach und übersichtlich werden sie in die Grundlagen der Agro-Gentechnik einge-

führt. Ein Quiz vermittelt spielerisch wichtige Fakten, die Rubrik „Frage des Monats“ eröffnet Diskussionsmöglichkeiten. Videos und Filme bieten einen guten Einstieg ins Thema. Einen kostenlosen Newsletter mit den neuesten Gentechnik-Nachrichten können Sie unter: www.keine-gentechnik.de/newsletter.html anfordern.

▷ www.schule-und-gentechnik.de

Buch und Web

Unser kleines Dorf

□ Wenn die Welt ein Dorf mit 100 Menschen wäre – welche Sprachen würden gesprochen? Wer verbraucht die meiste Energie oder Lebensmittel? Eine derart geschrumpfte Welt lässt globale Probleme greifbarer werden und hilft, Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, die umsetzbar scheinen. Neben dem Buch gibt es auch eine Internetseite mit einem Veranstaltungskalender, sowie Unterrichtsmaterialien und Poster zum Download. [jfs]

▷ www.unserkleinesdorf.com

Schule

Bildungsmaterialien Lateinamerika

□ Das Lateinamerika-Zentrum e.V. in Bonn präsentiert ein neues Bildungsprojekt für die Schulen in Nordrhein-Westfalen. In einer Doppelstunde erfahren die Schüler der Klassen 6 bis 9, wie sich das Leben der Menschen in Lateinamerika durch den Klimawandel bereits verändert hat. Wetterextreme wie ungewöhnlich lange Dürreperioden und Jahrhundertfluten haben sich in den vergangenen Jahren in Lateinamerika abgewechselt; die klimatischen Veränderungen gefährden das Ökosystem am brasilianischen Amazonas; der stetige Temperaturanstieg bringt die Andengletscher in Bolivien und Chile zum Schmelzen. Die Süßwasservorräte schwinden immer schneller und erhöhen

das Konfliktpotenzial in den betroffenen Regionen. Kurzfilme mit Erlebnisberichten aus Bolivien, Brasilien und Chile zeigen die Veränderungen im Leben der Menschen. Ziel des Projektes ist es, die Jugendlichen dazu anzuregen, ihr eigenes Verhalten zu überdenken und selbst im Alltag etwas zu bewirken.

▷ www.lateinamerikazentrum.de

Crowd Sourcing

Stoffströme weltweit aufdecken

□ Aus welchen Ländern kommen die Bestandteile unserer Produkte her? Wie hoch ist der CO₂-Fußabdruck? Wie hoch sind Wasser- und Energieverbrauch? Die Website ist als sogenanntes „crowd sourcing“ gedacht, an der alle „mitstricken“ können, die sich für das Thema globale Stoffströme und Bestandteile unserer Waren interessieren. Man kann Kommentare zu den vorhandenen Landkarten abgeben oder eigene Karten veröffentlichen. Ziel ist eine größere Transparenz der Konsumgüter weltweit. Eine großartige Idee, für die die Erfinder dieses Jahr in den USA zum „vielversprechendsten Social Entrepreneur“ gekürt wurden. Um detaillierte Hintergrundinformationen zu erhalten, muss man allerdings einen „Pro Account“ kaufen, der 99 US-Dollar pro Jahr kostet. [jfs]

▷ www.sourcemap.org

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

11.10., Hankensbüttel

Waldpädagogik und Bildung für nachhaltige Entwicklung Seminar.

Möglichst viele Bildungsakteure aus Natur- und

Umweltzentren, Schutzgebieten, Schulen, Behörden sowie selbstständige UmweltpädagogInnen sollen miteinander vernetzt werden, um den fachlichen Austausch über innovative Ansätze und den Praxistransfer zu fördern. Kompetenzorientierte Bildungsprogramme, Projektbausteine und Methoden plus Workshops bilden den Rahmen.

▷ www.otterzentrum.de

13.10., München

Mitmachen. Shoppen. Klima retten. Carrotmob-Workshop

Im Zuge dieses Lehrgangs geben erfahrene „Carrotmobber“ Anleitung in den Bereichen Pressearbeit, Projektplanung und Eventmanagement. Auf Praxisnähe und abwechslungsreiche Gestaltung wird dabei besonders geachtet.

▷ www.carrotmob-akademie.de/workshops

21.–24.12. '13, Tschechien

Real World Learning. Konferenz

An Bildungsanbieter aller Art richtet sich die internationale Konferenz „Draußen lernen für eine nachhaltige Entwicklung – Effective Learning Approaches to Outdoor Learning“. Thema sind erfolgreiche Ansätze für das Erfahrungslernen von SchülerInnen außerhalb der Schule und die Bedeutung des Lernens aus erster Hand für die nachhaltige Entwicklung und die Kompetenzen, die damit gestärkt werden. Der ANU-Bundesverband ist Projektpartner des EU-Projektes.

▷ www.rwlnetwork.org

▷ www.umweltbildung.de/6510.html

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de